

M Ostdeutsche Morgenpost

Herausgeber: Verlagsanstalt Kirsch & Müller, Sp. z ogr. odp., Katowice, ul. Marjańska 1, Tel. 453; P. K. O. Katowice, Verlagsanstalt Kirsch & Müller, Sp. z ogr. odp., Konto 801 990.

Erste oberschlesische Morgenzeitung

Erscheint täglich, auch Montags (siebenmal in der Woche). Bezugspreis: 5 Zloty.

Anzeigenpreise: 10 gespaltene Millimeterzeile im polnischen Industriegebiet 20 Gr., anwärts 30 Gr., Amtliche und Heilmittel-Anzeigen sowie Darlehns-Angebote von Nichtbanken 40 Gr. 4 gespaltene Millimeterzeile im Restgebiet 1,20 Zl. bzw. 1,50 Zl. Gewählter Rabatt kommt bei gerichtlicher Bestätigung, Akkord oder Konkurrenz in Fortfall. — Anzeigenschluß: abends 6 Uhr

Für das Erscheinen von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, die nach Möglichkeit innegehalten werden, sowie für die Richtigkeit telefonisch aufgegebenen Inserate wird keine Gewähr übernommen und kann die Bezahlung aus diesen Gründen nicht verweigert werden. — Streiks, Betriebsstörungen usw., hervorgerufen durch höhere Gewalt, begründen keinen Anspruch auf Rückerstattung des Bezugsgeldes oder Nachlieferung der Zeitung.

Neues Eingreifen Amerikas

Moratorium?

Je schwerer das schleppende Tempo der Londoner Ministerkonferenz auf die deutsche Katastrophensituation drückt, umso schneller verflüchtigt sich die verfrühte Begeisterung der unentwegten deutsch-französischen Versöhnungspolitik über das Pariser Ergebnis. Auch in den amtlichen Berliner Kreisen setzt sich eine merklich kühlere Auffassung der Londoner Verhandlungsschwierigkeiten durch, weil man zugeben muß, daß sich der deutsche und der französische Standpunkt über die Bedingungen der Finanzhilfe nach wie vor unvereinbar gegenüberstehen und die englisch-amerikanischen Vermittlungsversuche zwar den „Geist von Chequers“ beschworen, aber die politischen Garantiewünsche Frankreichs nicht aus der Welt geschafft haben. Der Reichskanzler hat gegenüber den politischen Forderungen Frankreichs den deutschen Standpunkt würdig und nachdrücklich vertreten, und es ist kein Anlaß, zu befürchten, daß er von dieser festen Haltung abweichen wird. Für diese Haltung Deutschlands scheint auf amerikanischer wie auch auf englischer Seite volles Verständnis vorhanden zu sein: Das gestern der Londoner Konferenz überreichte Hoover-Stimson-Memorandum begrenzt im deutschen Sinne den entscheidenden Fragenkomplex auf die finanzielle Hilfe! Danach soll versucht werden, durch ein Stillhaltekonfession zur Sicherstellung der kurzfristigen Kredite im Zusammenhang mit einem 2-Milliarden-RM-mittelfristigen-Rekreditkontokredit zunächst eine provisorische Lösung zu schaffen, deren endgültiger Charakter nach französischer Auffassung durch eine langfristige, mit politischen Beruhigungs- und Garantemaßnahmen gesicherte Anleihe, nach englischer Auffassung durch Streichung aller Kriegsschulden, nach amerikanischer Auffassung durch Beseitigung der Reparationen gefunden werden müßte. Diese Verschiedenheit der Auffassungen erschwert natürlich eine Verständigung über das Nächstliegende, d. i. die sofortige Hilfe für Deutschland, das nach Lage der Dinge auch keine acht Tage mehr auf die Stützung der Reichsbank von außen her warten kann, da die Selbsthilfemaßnahmen allein, bei der verlutzten Golddecke und dem geschrumpften Zahlungsmittelumlauf, die Rückkehr zu geordneten Geld- und Wirtschaftsverhältnissen nicht zu sichern vermögen. Eile tut not, d. h. die Verhinderung der weiteren Kreditabzüge wie die Zurückführung neuen Kapitals nach Deutschland muß auf schnellstem Wege im Sinne des Hoover-Programms durchgeführt werden. Es kann kein Zweifel an der inneren Gesundheit der deutschen Wirtschaft bestehen, sofern sie das erforderliche Kapital zu tragbaren Bedingungen langfristig zur Verfügung hat. Bleibt jetzt die Gelbbilfe aus, so ist ein Moratorium unvermeidbar — es im Interesse des deutschen Kredits zu verhindern, steht bei den kapitalstarken Gläubigermächten.

Wie die internationale Finanzhilfe auch aussehen wird, Verfrühtung und Stetigkeit werden in das deutsche Haus erst einziehen, wenn die Reparationen endgültig abgeschrieben sind und der Druck der über sechs Milliarden Reichsmark hohen kurzfristigen Auslandsschuldung von uns genommen ist. Diese entscheidenden Fragen kann aber auf die Dauer keine Finanzhilfe lösen!

In Wien findet vom 10. bis 15. September ein internationaler Kongreß der Schuhmacher statt. Aus diesem Anlaß wird auch eine Schuhausstellung veranstaltet.

Hoovers Vorschlag zur Einstellung der Kreditabzüge

(Telegraphische Meldung)

Washington, 21. Juli. Staatssekretär Stimson hat heute eine Reihe von Bedingungen zur Behebung der finanziellen Krise in Deutschland der Londoner Konferenz unterbreitet. Präsident Hoover selbst hat die Vorschläge gestern abend nach mehrtägigen Verhandlungen, bei denen Senator Morrow in seiner Eigenschaft als Vantier eine wichtige Rolle gespielt hat, genehmigt. Der volle Text des Vorschlages lautet: „Der Kern des Problems ist die Wiederherstellung des Vertrauens zu Deutschlands Kredit sowohl in Deutschland selbst wie im Ausland. Was die politische Seite anbetrifft, so hofft Amerika, daß die Völker Europas durch gegenseitiges Verständnis und guten Willen alle Meinungen beiseite lassen, damit die Welt mit der politischen Stabilität Europas rechnen kann.“

Was die wirtschaftliche Seite anbetrifft, so ist die gegenwärtige Notlage durchaus eine Krisis kurzfristiger Kredite. Der Hauptgrund auf Deutschlands Wirtschaft in der Zeit der Depression ist durch den gemein-

schaftlichen Schritt der Gläubigermächte mit der Suspendierung aller Zahlungen aus Regierungsschulden für ein Jahr erleichtert worden. Deutschland hat aber sein Wirtschaftsleben zu einem sehr beträchtlichen Grade mittels ausländischer kurzfristiger Kredite finanziert. Es liegt

kein Grund vor, die Sicherheit der Grundlagen, auf der diese Kredite beruhen, zu bezweifeln.

Aber die in den letzten Wochen herrschende allgemeine Unsicherheit brachte einen solchen Verlust an Vertrauen mit sich, daß Deutschlands Bank- und Kreditwesen einer sehr schweren Belastung ausgesetzt war. Diese Belastung nahm zwei ganz bestimmte Formen an, deren Folge ein Abfluß der Bankmittel und eine Verminderung des Gold- und Devisenbestandes war. In Deutschland gab es erstens eine Flucht aus der Mark und zweitens wurden die Kredite seitens aus-

ländischer Banken gekündigt. Diese Bewegung ist durch nichts zu rechtfertigen, und wenn sie durch eine gemeinsame Aktion aufgehalten werden könne, so besteht kein Grund, daß die gegenwärtige Notlage nicht sofort und endgültig überwunden werden könnte.

Was das nächstliegende betrifft, nämlich die innere Flucht vor der Mark, so kann dies — und es geschieht bereits — erfolgreich bekämpft werden durch verschiedene Maßnahmen der deutschen Regierung und der Reichsbank. Wenn die unberechtigte Besorgnis überwunden ist, so kann der Patriotismus des deutschen Volkes sicherlich dazu geführt werden, die Zerstückelung des Kredits des eigenen Landes zu verhindern. Was die auswärtigen Kredite betrifft, so glauben wir, daß eine erste Annäherung an dieses Problem in der Aufstellung eines Programms besteht, das eine Verlängerung der laufenden Kredite um eine angemessene Frist ermöglicht. In diesem Zusammenhang nehmen wir an, daß

diese Kredite zusammen mit der Befreiung von den Reparationen

und den sich aus der Befreiung der Bank ergebenden natürlichen Gewinnen genügen sollten, um den gegenwärtigen Bedarf der deutschen Wirtschaft zu decken.

Leerlauf in London

Auch der zweite Sitzungstag noch ohne Ergebnis

(Telegraphische Meldung)

London, 21. Juli. Vor dem heutigen offiziellen Beginn der Konferenz um 10 Uhr vormittags hatten Reichskanzler Dr. Brüning und Staatssekretär Dr. Schäffer vom Reichsfinanzministerium eine einstündige Besprechung mit Snowden im Schatzamt, während Reichsaussenminister Dr. Curtius und Staatssekretär von Bülow eine Unterredung mit Henderson im Foreign Office hatten. Man glaubt allgemein, daß das Essen im Unterhaus, zu dem Mac Donald gestern abend die deutschen Minister eingeladen hatte, weit mehr als ein gesellschaftlicher Empfang war und vielleicht vollkommen neue Ausichten für die Konferenz eröffnete. Einer der Vorschläge, die gemacht wurden, besteht darin, daß die Konferenz die Möglichkeiten untersuchen solle, wie man Deutschland in seiner gegenwärtigen kritischen Lage helfen könnte, ohne seine Verpflichtungen, die, wie man sagt, eine recht unerträgliche Belastung bedeuten, in lästiger Weise zu vergrößern. Ueber die Vormittagsitzung der Sieben-Mächte-Konferenz wurde folgendes Kommuniqué ausgegeben:

„Die Konferenz ist um 10 Uhr im Foreign Office zusammengetreten und hat über internationale, finanzielle Zusammenarbeitsmöglichkeiten beraten, die geeignet sein könnten, möglichst umgehend das wirtschaftliche Gleichgewicht in Deutschland wieder herzustellen, und zwar als Vorbereitung zur Prüfung weiterer Maßnahmen, die sich als notwendig herausstellen sollten, um die Finanzlage Deutschlands für dauernd wieder auf eine feste Grundlage zu stellen. Es wurde vereinbart, daß die Finanzminister der auf der Konferenz vertretenen Mächte sowie Reichskanzler Brüning heute nachmittag unter dem Vorsitz Mac Donalds zu einer neuen Sitzung zusammenzutreten sollen, in der die Prüfung der aufgeworfenen Fragen fortgesetzt werden soll.“

Reichsaussenminister Dr. Curtius, der zum ersten Male in London die deutsche Presse empfing, erklärte, daß man sich heute ausschließlich mit der Erörterung finanzieller Fragen befassen werde. Hierbei war besonders bemerkenswert, daß sich Stimson in hervorragendem Maße an den Besprechungen beteiligte und daß die Amerikaner versuchten, die Lage auf das genaueste aufzuklären. Zunächst befaßte man sich mit der Frage, unter welchen Umständen und mit welchen Maßnahmen ein

Stillhaltekonfession

gebildet werden kann, so daß praktisch der größte Teil der kurzfristigen Anlagen nicht zurück-

gezogen wird. Man wies darauf hin, daß es keinen Zweck haben würde, wenn sich nur die Großbanken verpflichteten, keine Anlagen zurückzugeben, während die Kleinbanken damit fortfahren. Es müßte Vorkehrungen getroffen werden, damit eine wirkliche Stillhaltung erreicht werde. Diese Fragen wurden aufs eingehendste erörtert unter Berücksichtigung von Zahlen über die Größe der derzeit in Deutschland vorhandenen kurzfristigen Anleihen französischer, amerikanischer, schweizerischer und holländischer Herkunft. Da es sich zeigte, daß eine Erreichung von praktischen Vorschlägen in dem großen Kreis der Vollkonferenz nicht möglich sei, beschloß man, um 3.30 Uhr eine Konferenz der Finanzminister abzuhalten, während die Vollkonferenz morgen früh um 10 Uhr wieder zusammentreten wird. Es besteht die Hoffnung, daß der Finanzminister in der Lage sein wird, der morgigen Vollkonferenz praktische Vorschläge zur Lösung der ersten Frage zu überreichen. Die zweite Frage, die Zurückführung neuen Kapitals nach Deutschland, wurde auf der heutigen Sitzung zwar gestreift, aber nicht vertieft.

Lang- oder mittelfristig?

(Drahtmeldung unserer Berliner Redaktion)

London, 21. Juli. In der allgemeinen Entwicklung sieht die Lage der Finanzhilfe für Deutschland heute folgendermaßen aus: Frankreich tritt für eine langfristige Anleihe an Deutschland ein, um in Verbindung damit seine politischen Forderungen anzubringen. England und Amerika verhalten sich dagegen ablehnend, teils weil sie die französischen Forderungen nicht billigen, teils auch, weil sie zur Zeit das Risiko einer langfristigen Anleihe nicht tragen wollen und nicht sicher sind, ob sie eine solche Anleihe in ihren Ländern überhaupt unterbringen könnten. Jeder der beiden Staaten hat deshalb einen Vorschlag gemacht, der auf die Gewährung eines kurzfristigen oder besser mittelfristigen Rediskontkredits von Notenbank zu Notenbank, möglichst ohne Garantieverpflichtungen für die Regierungen, gerichtet ist. Der englische Finanzminister schlägt eine Laufzeit von drei Monaten vor, die sich aber periodisch auf zwei bis drei Jahre verlängern soll. Der amerikanische Plan, den Hoover per-

sönlich mit den ersten Finanzfachverständigen seiner Regierung in den letzten Tagen ausarbeitete und über den Ocean gelabelt hat, damit Stimson ihn der Konferenz vorlege, enthält konstruktive Vorschläge zur Stabilisierung der deutschen Finanzen und einen Appell an die internationale Bankwelt zum Vertrauen zu Deutschland. Hand in Hand mit den Vorschlägen für eine Kreditgewährung geht der Plan, Deutschland in der Abwehr der Geldabflüsse des Auslandes zu unterstützen. Staatssekretär Stimson hat die einzelnen Regierungen gebeten, sie sollten ihre Notenbanken dahin instruieren, daß auch alle übrigen Banken jede mögliche Maßnahme zur Verhinderung der kurzfristigen Kreditzurückziehungen aus Deutschland ergreifen. Die Frage des Stillhaltekonfession hat heute nachmittags den Hauptgegenstand der Beratungen gebildet. Es wurde eine Unterkommission unter Vorsitz von Mac Donald gebildet, die die Frage weiter untersuchen soll. Erst wenn es gelungen ist, diese Frage zum Abschluß zu bringen, soll über die Höhe des Deutschland zu

gewahrenen Kredites verhandelt werden. Die Angaben über den Bedarf gehen weit auseinander, und zwar von einem Betrage von zwei bis drei Milliarden Mark hinunter bis zu 600 Millionen Mark.

Ganz ungewiß erscheint zur Zeit noch, wie Frankreich sich zu den englischen und amerikanischen Vorschlägen stellen wird. Der „Daily Telegraph“ fragt:

„Werden die Franzosen an einem derartigen Vorschlag ähnliche oder dieselben Bedingungen knüpfen wie an eine Anleihe? Werden die Franzosen in diesem Falle der Konferenz das Recht verweigern, zu erörtern, was geschehen wird, wenn am Ende des Hoover-Jahres ein weiteres Gnadenjahr von Deutschland und seinen anderen Gläubigern für notwendig erachtet werden würde? Werden für den Fall, daß Frankreich seine Forderungen nach politischen Garantien auch für einen kurzfristigen Kredit aufrechterhalten will, England und Amerika bereit sein, von sich aus ohne Mitwirkung Frankreichs Deutschland in dieser Hinsicht zu unterstützen?“

Die Haltung der französischen Vertreter ist sehr reserviert. Sie lassen deutlich fühlen, daß sie ungern nach London gekommen sind und daß sie sich ihrer Stärke bewußt sind, und zwar nicht nur Deutschland gegenüber, sondern auch England, das im Falle eines Zusammenbruchs Deutschlands sehr viel mehr verlieren würde als Frankreich. Nur Amerika ist ein gleich starker Gegenpieler.

Sollte Frankreich auf die Dauer dem Plan einer Rediskontkreditgewährung widersprechen, so wird allen Ernstes mit der Möglichkeit gerechnet, auch ohne Frankreich verhandeln zu können.

Alles in allem geht aus den letzten Londoner Nachrichten hervor, daß die Gewährung eines den augenblicklichen deutschen Bedürfnissen genügenden Rückhaltkredits und an der Bildung eines stillhaltelastkonfortiums, das den weiteren Abzug von Devisen aus Deutschland und die Kündigung kurzfristiger Kredite verhindert, nicht mehr bezweifelt wird. Daneben richten sich die Blicke der Konferenz, wenn auch nicht offiziell, in weitere Ferne. Eine Reihe Delegierte, so meldet der „Daily Express“, fühlt, daß eine wirkliche Lösung der europäischen Krise in einer völligen Streichung der Kriegsschulden oder doch zumindest in einer Ausdehnung des Hoover-Moratoriums auf die Dauer von drei Jahren läge.

Staatssekretär Stimson hat heute in einer Zusammenkunft mit Vertretern der amerikanischen Presse mit aller Entschiedenheit erklärt, die von Zeitungen, die Amerika an sich wohlwollten, verbreitete Behauptung, amerikanische Bankhäuser und Kapitalisten hätten sich in den letzten Wochen an der Abhebung von Geldern in Deutschland und an der Kündigung von Krediten beteiligt und damit zu der Verschlechterung der deutschen Finanzlage beigetragen, entbehren jeder Begründung. Das gleiche hatte Stimson auch schon in der Konferenz erklärt. Diese Äußerungen haben einiges Erstaunen hervorgerufen, da nach allgemeinem Glauben namentlich die Morgan-Banken sich entschieden in der angebotenen Weise betätigt haben.

Warnruf an den Reichskanzler

Hitler-Hugenberg-Geldte lehnen neue Bindungen ab

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 21. Juli. Die Führer der „Nationalen Opposition“ haben an den Reichskanzler Dr. Brüning nach London folgendes Telegramm gerichtet:

„Dem ursprünglich als Erleichterung gedachten Plan des amerikanischen Präsidenten Hoover werden die unverhüllten Absichten Frankreichs entgegengesetzt, das deutsche Volk auf die Dauer unter sein Diktat zu zwingen. So soll aus der Erleichterung eine Verschlimmerung werden. Es wird den verantwortlichen Kreisen in Frankreich nicht unbekannt sein, daß in unserem Volke, insbesondere in der Jugend, die Verzweiflung derartig angewachsen ist, daß allerorts gefährlichste Gedankenkreise aufsteigen.“

Das deutsche Volk, das sich von der Schuld am Kriege frei fühlt, will und kann die ihm aufgezwungenen ungerechten Lasten nicht länger tragen. Erst recht aber ist eine weitere Schmälerung der deutschen Staatshoheit unerträglich und nicht zu verantworten. Die gesamte Nationale Opposition macht daher in aller Form darauf aufmerksam, daß sie gemäß ihrer Grundeinstellung auch neue Bindungen, die gegenüber Frankreich eingegangen werden, als für sich rechtsverbindlich nicht ansehen wird.“

gez. Graf von der Golz, Hitler, Hugenberg, Graf Falkenreich, Bethge, Lind, Selbte, Duesterberg.

Dieser Warnruf der Nationalen Opposition kann eine wertvolle Stütze für den Reichskanzler bei seinen Verhandlungen gegen die französischen Forderungen sein. Die Bedeutung der Nationalen Opposition ist im Ausland bekannt: Die Verzweiflungssituation, besonders der deutschen Jugend, verleiht dem neuen Bündnis, die das nationale Dasein Deutschlands verkommen lassen, Trost, dem scheint uns, rein taktisch gesehen, der Schlussatz der in ihrem Ziel zweifellos gut gemeinten Kundgebung der Nationalen Opposition unklar, weil er der französischen Diplomatie den Vorwand liefert, ihre

Sicherheitspolitik nun gerade noch entschiedener zu verteidigen, um gegen ein nationalsozialistisches Deutschland archipret zu sein, das eine Rechtsverbindlichkeit neuer Bindungen nicht anerkennt. Aus der inneren Lage Deutschlands ist der Warnruf nur zu verständlich und zu berechtigt, und seine Folgerung, sich neuen Bindungen nicht zu unterwerfen, so vaterländisch, daß sich jeder Deutsche dazu bekennen sollte.

Das Unterhaus lehnte mit 167 gegen 89 Stimmen einen Gesetzentwurf ab, durch die die freiwillige Unruhmachung von geisteschwachen Personen gestattet werden sollte.

Frankreichs Ablenkungsmanöver im Haag

Eine juristische Differenz soll das ganze Zollabkommen verhindern

(Telegraphische Meldung)

Paris, 21. Juli. Die französische Regierung hat dem Internationalen Gerichtshof im Haag ein 52 Seiten umfassendes Memorandum übergeben, in dem sie ihren Standpunkt in der Frage der deutsch-österreichischen Zollunion darlegt. Die Habas-Agentur veröffentlichte die Schlussfolgerungen dieses Gerichts, die u. a. lauten:

„Die französische Regierung ist zu der Schlussfolgerung gelangt, daß eine Regelung zwischen Deutschland und Oesterreich auf der Grundlage und den Grenzen der im Protokoll vom 19. März 1931 ausgeführten Grundsätze nicht vereinbar sei mit Artikel 88 des Vertrages von St. Germain und nicht mit dem Protokoll, das am 4. Oktober 1922 in Genf unterzeichnet wurde. Die französische Regierung hat an zahlreichen Stellen die Unvereinbarkeit festgestellt. Sie glaubt jedoch daran erinnern zu müssen, daß die Verfahrensordnung nicht verlangt, eine so eingehende Prüfung

vorzulegen. Denn das Gericht ist nur dazu berufen zu sagen, ob das geplante Abkommen mit den angeführten Verträgen vereinbar ist, oder nicht.“

Wenn der Gerichtshof in einem einzigen Punkte die Unvereinbarkeit feststellt, wird das genügen, um mit „Nein“ zu antworten, ohne daß er gehalten ist, seine Prüfung auf andere Punkte auszudehnen.

Das Gericht hat also nur über eine Rechtsfrage zu entscheiden und nicht die Vorteile und Ungelegenheiten der geplanten Zollunion zu prüfen, weder nach der wirtschaftlichen, noch nach der politischen Seite, sondern einzig und allein, ob die Zollunion vereinbar ist mit dem Protokoll vom 4. Oktober 1922 und dem Artikel 88 des Friedensvertrages von St. Germain.“

Der Kampf um die deutsch-österreichische Zollunion

(Telegraphische Meldung)

Haag, 21. Juli. In der Montag-Nachmittag-Sitzung des Ständigen Internationalen Gerichtshofes wurde mit den eigentlichen Verhandlungen begonnen. Zunächst erhielt der deutsche Vertreter,

Professor Dr. Bruns

das Wort. Er hob einleitend hervor, daß es sich bei der dem Internationalen Gerichtshof unterbreiteten Frage darum handele, ob das auf den Prinzipien des Wiener Protokolls vom 19. März 1931 zu errichtende Zollregime mit dem gegenwärtig für Oesterreich geltenden juristischen Status zu vereinbaren sei. Diese Frage sei eine rein juristische. Man habe also die beachtliche Zollunion weder unter wirtschaftlichen noch unter politischen, sondern ausschließlich unter rein juristischen Gesichtspunkten zu untersuchen. Allerdings habe diese Erkenntnis die französische Regierung nicht daran gehindert, ein ganzes Kapitel rein wirtschaftlicher und politischer Faktoren dieser Frage hinzuzufügen. Uebrigens schienen auch die Auffassungen, zu denen die französische These gelangte, dem Gerichtshof abzusprechen zu wollen, die Zollunion in ihrer Gesamtheit zu untersuchen. Wenn diese Auffassungen richtig wären, dann hätte die Frage lauten müssen, ob einer der Grundsätze, auf denen das Wiener Protokoll beruhe, mit dem Artikel 88 des Vertrages von St. Germain und dem ersten Genfer Protokoll vom 4. Oktober 1922 vereinbar sei. Im weiteren Verlauf seines Plädoyers beschäftigte sich Professor Bruns im Hinblick auf die von Oesterreich im Artikel 88 des Vertrages von St. Germain und im ersten Genfer Protokoll vom Oktober 1922 übernommenen Verpflichtungen, seine Unabhängig-

keit nicht beeinträchtigen zu lassen, ausführlich mit dem Begriff „Unabhängigkeit“. Zu diesem Zwecke müsse man eine eingehende Analyse der erwähnten beiden Vertragsbestimmungen geben.

Es sei bemerkenswert, daß man in ihnen nicht weniger als achtmal daselbe Wort „Unabhängigkeit“ vorfinde. Ferner komme es noch zweimal im Artikel 80 des Vertrages von Versailles vor.

Unterfrage man, in welchem Sinne dieses Wort in den erwähnten Verträgen geprägt worden sei und ob dieser Sinn bei ihnen überall derselbe sei, so ergebe sich, daß die Ansichten hierüber, soweit sie von den verschiedenen Regierungen in ihren Schriftsätzen im Haag niedergelegt seien, erheblich von einander abweichen.

Nehme man zuerst den tschechischen Standpunkt, so müsse man aus der tschechischen Beweisführung den Schluß ziehen, daß die Signatarmächte des Genfer Protokolls nur die politische Unabhängigkeit Oesterreichs, aber nicht seine wirtschaftliche Unabhängigkeit hätten akzeptieren wollen, ein Standpunkt, der schwerlich aufrecht erhalten werden könne. In dem französischen Schriftsatz habe das Wort „Unabhängigkeit“ dagegen eine Auslegung erhalten, die sich in Uebereinstimmung mit derjenigen Deutschlands und Oesterreichs befinde. Diese letzteren drei Regierungen stellten somit einstimmig fest, daß das Protokoll von Genf beim Gebrauch des Wortes

„Unabhängigkeit“ nichts an dem Sinn geändert habe, der ihm schon im Artikel 88 des Vertrages von St. Germain sowie auch im Artikel 80 des Versailler Vertrages beigelegt worden sei. Im Gegensatz hierzu sollten die von Italien und der Tschechoslowakei aufgestellten Thesen in dieser Beziehung eine Differenzierung zwischen dem Genfer Protokoll und den Verträgen von St. Germain und Versailles herstellen. Die Auffassung der letzterwähnten beiden Regierungen sei namentlich mit Bezug auf ihre Stellungnahme zum letzten Passus des Absatzes 2 des Genfer Protokolls, rechtlich unhaltbar.

Nach diesen Darlegungen befaßte sich der deutsche Vertreter ausführlich mit der Tragweite des Ausdrucks „Unabhängigkeit“, wobei er ausführte, daß im Genfer Protokoll die Unabhängigkeit Oesterreichs nicht einer Einschränkung unterworfen, sondern nur die schon im Artikel 88 des Vertrages von St. Germain enthaltene Einschränkungsklausel nochmals bestätigt worden sei. Der zweite Absatz des Genfer Protokolls verändere auch nichts an der im ersten Absatz aufgestellten Verpflichtung Oesterreichs und enthalte keinerlei neue Verpflichtungen. Die Unterzeichner des Vertrages von St. Germain seien übrigens naturgemäß bei der Aufstellung des Genfer Protokolls auch an die früheren Vertragsbestimmungen gebunden gewesen. In den Schriftsätzen der fünf am Verfahren beteiligten Mächte könne man drei verschiedene Bedeutungen unterscheiden, die dem Ausdruck „Unabhängigkeit“ beigegeben seien, von denen eine nicht juristisch und zwei juridischer Natur seien, und zwar letztere das eine Mal in mehr materieller und das andere Mal in mehr formeller Beziehung. Professor Bruns betonte weiter, daß die internationalen Verträge, wie auch die nationale Gesetzgebung nur moralische und keine wirtschaftlichen und politischen Begriffe enthielten. Kein Staat könne vollständig in dem Sinne unabhängig sein, daß er nicht durch Verträge seine Handlungsfreiheit in irgendwelchen Beziehungen einschränken lassen müsse. Von französischer Seite sei hierzu eine These aufgestellt worden, bei deren Annahme Oesterreich verpflichtet wäre, stets beim Abschluß eines Vertrages, der eine Erhöhung seiner wirtschaftlichen oder politischen Abhängigkeit zur Folge hätte, die vorherige Zustimmung des Völkerrates dazu einzuholen. Der Völkerratsrat hätte also dann das Recht, jede geplante Abmachung wirtschaftlichen, politischen, finanziellen oder anderen Charakters, die die Aktionsfreiheit Oesterreichs ändern würde, zu prüfen.

Wenn diese französische These richtig wäre, dann hätte die Unabhängigkeit Oesterreichs niemals existiert.

Der Artikel 88 des Vertrages von St. Germain, der die Anerkennung der Unabhängigkeit Oesterreichs durch alle Signatarmächte enthalte, würde also nicht die Unabhängigkeit, sondern die vollständige Abhängigkeit dieses Staates eingeleitet haben.

Frankreich will nicht abrüsten

Sicherheit vor Abrüstung — Ein Memorandum an den Völkerrund

(Telegraphische Meldung)

Genf, 21. Juli. Der Generalsekretär des Völkerrundes hat die zur Teilnahme an der allgemeinen Abrüstungskonferenz eingeladenen Staaten aufgefordert, Angaben über ihren Rüstungsstand einzureichen, um auf diese Weise die Arbeiten der Abrüstungskonferenz zu erleichtern. Die französische Regierung hat daraufhin am 15. Juli dem Generalsekretär ein heute veröffentlichtes Memorandum überreicht, worin sie erklärt, bevor sie die erbetenen Angaben liefert, halte sie es für notwendig, die Prinzipien und die Methoden der französischen Regierung hinsichtlich der Abrüstung in Erinnerung zu rufen.

Das Memorandum besagt, daß Frankreich eine unbedingte Gleichheit im Rüstungsstand der Nationen nicht anerkennt und daß es eine Herabsetzung der Rüstungen vom weiteren Fortschritt auf dem Gebiete der Sicherheit abhängig macht. Die Aufrechterhaltung der einseitigen Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Vertrages wird als *conditio sine qua non* für alle Verhandlungen über die Rüstungsbeschränkungen bezeichnet. Es wird erklärt, daß eine Aufgabe des status quo auf diesem Gebiet jedem Staat seine Handlungsfreiheit für eine Erhöhung der Rüstungen wiedergebe. Unter Erwähnung des Artikels 8 des Völkerrundspaltes, der von der allgemeinen Abrüstung handelt, wird in dem Memorandum behauptet, daß gemäß diesem Artikel die Herabsetzung der Rüstung erst erfolgen könne, wenn Garantie für eine wirksame und rechtzeitige „Gemeinsame Aktion“ aller Völkerrundstaaten zugunsten eines bedrängten Einzelstaates geschaffen seien. Zu dem Hauptgrund der französischen Rüstungspolitik übergehend, sagt das Memorandum, es gebe eine einzige feststehende Unterlage, die als feste Grundlage angenommen werden könne; Teil 5 des Versailler Vertrages, der

vier Staaten einen genau begrenzten Rüstungsstand vorgeschrieben

habe. Daran gehe aber nicht hervor, daß die Staaten, deren Rüstungsstand durch die Friedensverträge nicht ausdrücklich festgelegt worden seien, die Verpflichtung hätten, für die Begrenzung ihrer Rüstungen die Methoden und die Ziffern

anzunehmen, die Gegenstand des Teiles 5 des Versailler Vertrages seien. Wenn man — heißt es zu diesem Punkt weiter — im Rahmen des theoretischen Prinzips der Gleichheit die durch Teil 5 des Versailler Vertrages geschaffene Lage ändern wollte, so würde eine weitere Aufrechterhaltung der bereits vorgenommenen Abrüstungsabstufungen dies unmöglich machen.

Der Völkerrundspalt schreibe lediglich vor, daß die Herabsetzung der Rüstungen Gegenstand eines Planes sein sollte, der, vorbereitet vom Völkerrundsrat, den verschiedenen Regierungen zur freiwilligen Annahme unterbreitet werde.

Der Plan müsse der nationalen Sicherheit, den internationalen Verpflichtungen, der geographischen Lage und den besonderen Umständen, in denen sich ein Land befindet, Rechnung tragen.

Neue Wechsel-Rotverordnung

Berlin, 21. Juli. Die Reichsregierung hat folgende Verordnung erlassen: Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 15. 7. 1931 (RGBl. I S. 365) wird für den Zahlungsverkehr der Institute, für solche, die Dritte Verordnung über die Wiederaufnahme des Zahlungsverkehrs nach den Bankferien vom 18. Juli 1931 (RGBl. I S. 376) gilt, verordnet:

Artikel I

Beabsichtigt ein Kontoinhaber oder ein Institut einen von ihm akzeptierten Wechsel ganz oder zum Teil einzulösen, so sind hierfür Vorauszahlungen und Abweisungen zulässig, soweit für solche Einlösungen das Konto des Auftraggebers mit nicht mehr als 3000 Reichsmark für einen Tag belastet wird.

Artikel II

Wer in den Fällen Artikel I § 1 Absatz 3 oder § 3 Absatz 1 Nr. 1a der Dritten Verordnung über die Wiederaufnahme des Zahlungsverkehrs nach den Bankferientagen vom 18. Juli vorzüglich unrichtige Angaben macht, um eine Vorauszahlung oder eine Abweisung zu erwirken, wird mit Gefängnis bis zu drei Monaten und mit Geldstrafe oder einer dieser Strafen bestraft.

Artikel III

Diese Verordnung tritt am 22. Juli 1931 in Kraft.

Aus Oberschlesien und Schlesien

Sind die Interessen der Hansabank-Gläubiger bedroht?

Der Hansabank-Kredit an Baildon

Wie er entstand und wie er sich auswirkt — Kampf um eine einstweilige Verfügung Barzellierung des Gutes

(Eigener Bericht)

Beuthen, 21. Juli.

Bedeutungsvolle Aufschlüsse über die Kreditgeschäfte der Hansabank mit dem Rittergutsbesitzer Baildon, Brosławitz, und die zukünftige Gestaltung des Rittergutes, das auch zur städtischen Siedlung aufgeteilt werden soll, erhielt man heute in einer Verhandlung vor der Kammer des hiesigen Landgerichts, die über einen Streitfall zwischen der Hansabank und Baildon zu entscheiden hat. Dieser Zivilprozess entstand aus einem Antrage des Rittergutsbesitzers Baildon, ihm persönlich im Wege einer einstweiligen Verfügung die Nutzung der Ernte des Gutes zu gestatten. Zur Begründung des von Rittergutsbesitzer Baildon gestellten Antrages führte

Rechtsanwalt Justizrat Patrzek

n. a. aus:

Baildon stand mit der Hansabank seit längerer Zeit in Geschäftsverbindung, aus der ein Saldo von 240 000 Mark entstanden ist.

Um das Gut nicht zur Zwangsversteigerung kommen zu lassen, hat der Antragsteller am 13. Mai mit der Bank einen Vertrag geschlossen. Dieser Vertrag wurde von dem Antragsteller für nichtig erklärt. Kurz vor dem Zusammenbruch der Bank hat Baildon diesen Vertrag wieder anerkannt, nachdem er seinen persönlichen Verpflichtungen nicht mehr nachkommen konnte. Bei Anerkennung des Vertrages im Juni

hat sich die Bank verpflichtet, Betriebskosten von rund 30 000 Mark zur Verfügung zu stellen.

Von dieser Summe sind nur rund 15 000 Mark gezahlt worden. Ferner hat die Bank die Verpflichtung nicht erfüllt, die fällig gewordenen Verzinsungsgelder zu bezahlen. Baildon hat darum erneut der Bank geschrieben, daß er den Vertrag als nichtig betrachte. Als dem Antragsteller dann mit dem Konkursver-

fahren gedroht wurde, ist zwischen ihm und dem Vertreter der Bank eine Einigung schriftlich niedergelegt worden.

Baildon hat nach einer Bedenkzeit aber auch dieser „Einigung“ die Unterschrift verweigert, weil sie ebenfalls unter Androhung von Zwangsmaßnahmen entstanden ist.

Es kam nach weiteren Verhandlungen, in denen die Beantragung eines Konkursverfahrens eine Rolle spielte, doch zu einer Unterzeichnung, wodurch der Antragsteller die angebotenen Zwangsmaßnahmen abwenden wollte. Justizrat Patrzek hielt auf Grund dieses Tatbestandes

alle Verträge für nichtig, da sie alle unter einem Druck zustande gekommen sind, somit als „Anhebungen“ angesprochen werden müssen und gegen die guten Sitten verstoßen.

Danach komme eine Uebereignung der Ernte an die Bank nicht in Frage.

Justizrat Patrzek machte dann weiter auf Grund eines Sachverständigengutachtens geltend, daß infolge der Nichtzahlung der vereinbarten Betriebsgelder seitens der Bank

dem Gute Schaden entstanden

ist. So konnten 50 Morgen Land nicht bebaut werden, obwohl sie gedüngt und bebauungsreif gemacht waren, die Kartoffeln wurden zu spät gesteckt, wodurch die Ernte vermindert wird, durch Nichtzahlung der Löhne entstanden Unruhen und schädigende Hemmungen. Außerdem wurde die Bewirtschaftung des Gutes einem Nichtfachmann übertragen, was sich ebenfalls nachteilig auswirkte.

Rechtsanwalt Dr. Fränkel

trat diesen Behauptungen als Vertreter der Bank entgegen. Er betonte, daß, da der Antragsteller unberechtigt etwa 477 Zentner Wintergerste sich angeeignet und verkauft hat, in den letzten Tagen eine einstweilige Verfügung erlassen ist, die B. bei einer Haftstrafe bis zu sechs Monaten jeglichen Verkauf aus dem Gute verbietet. Er schilberte die Entwicklung des Vertrages mit Baildon. Die Gesamtschuld Baildons an die Hansabank beträgt 311 000 Mark. Dabei sind 67 000 Mark nicht berücksichtigt, die aus

einem Grundstücksverkauf hereingeflossen sind, weil dieser Betrag gesperrt ist. Das jetzt noch 900 Morgen große Gut müsse zielbewußt und rubig verwaltet werden, um möglichst viel herauszulassen und für B. noch ein Restgut zu retten sowie ihm etwas Bargeld herauszuwirtschaften. Die sonstige Belastung des Gutes wird mit 217 000 Mark Hypotheken und 250 000 Mark weiterer Verschuldung angegeben. Die Ansicht der Bank, daß nur dann das meiste herauszuholen ist, wenn auf dem Gute neben der Barzellierung auch auf eine städtisch angelegte Siedlung hingearbeitet wird, teilen auch die für Brosławitz in Frage kommenden kommunalen Stellen. Dies verlangt aber, daß das Gut auf hoher Kulturstufe gehalten wird. Die Summe von 150 000 Mark, die zur Beistellung des Gutes notwendig ist, kann B. auch nicht aufbringen. Die Bank hat denn auch für die jetzt reisende Frühjahrseinstellung die Gelder hergegeben, so daß der Anspruch der Bank auch rechtlich durchgreift.

Nach dem Zusammenbruch der Bank hat sich auch

der Gläubigerauschuß

auf den Standpunkt gestellt, daß der Vertrag mit Baildon zu erfüllen ist. Die Finanzierung ist

derart sichergestellt, daß der Firma Moses das Verkaufrecht auf die Ernte eingeräumt worden ist.

Wenn aber die Ernte der Bank genommen werden soll, so seien die Interessen der Gläubigerschaft außerordentlich bedroht.

Ein Eventualantrag des H. Dr. Fränkel ging dahin: Der gesamte Erlös aus der Ernte wird an einer neutralen Stelle hinterlegt und vom Gericht ein Sachverständiger bestellt, der über die Verwendung der Gelder zu wachen hat, damit sie nicht zu privaten Zwecken verwendet werden.

Nachdem dann noch Justizrat Patrzek darauf hingewiesen hatte, daß die Ausführungen seines Gegners von dem Kernpunkt der Frage in diesem Prozesse: Ist der Vertrag zwischen Hansabank und Baildon nichtig oder nicht, nur abgelenkt haben und beide Parteien eine Unmenge an Schriftstücken dem Gericht überreicht hatten, schloß Landgerichtspräsident Schneider die Verhandlung. Die Entscheidung ist in den nächsten Tagen zu erwarten.

Ein Eisenbahnräuber vor Gericht

1 Jahr Zuchthaus, 2 Jahre Ehrverlust

(Eigener Bericht)

Ratibor, 21. Juli.

Ein Schwerverbrecher, dessen Strafregister außer 6 Jahren Zuchthaus mehrere Jahre Gefängnis wegen Rückfalldiebstahls, Betrugs und Körperverletzung aufweist, hatte sich wegen Eisenbahnraubs vor dem Schöffengericht, das unter Vorsitz von Amtsgerichtsdirektor Sokoll tagte, verantworten. Angeklagt ist der 43 Jahre alte Arbeiter Wilhelm Mitrenga aus Ratibor.

In erschreckender Weise nahmen in letzter Zeit die Veranbrungen der Güterwagen überhand. Trotz größter Wachsamkeit der Bahnpolizei gelang es nur in vereinzelten Fällen der Diebe habhaft zu werden. Am 17. März, abends gegen 10 Uhr, nahm der Bahnbeamte Krenner eine Revision des Zollbodens auf dem Güterbahnhof Ratibor vor. Plötzlich hörte er ein Geräusch.

Er ging dem Schalle nach und sah einen Mann, der sich an einem der Güterwagen zu schaffen machte. Als er näher kam, bemerkte er, daß ein plombierter Güterwagen mit Getreide offen stand und ein Sack mit 60 Kilogramm Roggen fehlte. Er forschte weiter nach, sah das auf der Erde teilweise verstreute Getreide, dessen Spur er aufnahm. Es gelang dem Beamten, den Angeklagten zu fassen und zur Bahnhofsache mitzunehmen. Auf die Frage des Beamten, was er zwischen den Güterwagen zu suchen habe, gab ihm dieser zur Antwort, ein großer Eisenbahner, den er dem Namen nach nicht kenne, habe ihm den Auftrag gegeben (!), er solle sich einen Sack Getreide holen.

Der Angeklagte leugnet den Raub ab. Er will an dem Abend stark angetrunken gewesen sein. Der Antrag des Anklagevertreters lautet

Zur Gesichts-Bräunung

aber auch zur Bräunung des ganzen Körpers bei Sonnenbädern verwende man die reizmildernde und kühlende Leodor-Fett-Creme. Tube 60 Pf. und 1 Mt. Wirksam unterstützt durch Leodor-Gesichts-Stud 50 Pf. Zu haben in allen Chlorodont-Verkaufsstellen

Kunst und Wissenschaft

„Die Nummer läuft“

Ein Hörspiel von Manfred Georg und A. S. Kober

Gestern abend ging über die Breslauer und den Berliner Sender ein Hörbild von Manfred Georg und A. S. Kober mit dem Titel „Die Nummer läuft“. Beide Autoren sind Journalisten, Kober ist obendrein lange Jahre mit dem Zirkus gereist: man konnte also die Erwartungen ziemlich hoch spannen. Und wenn man, noch die Zirkusfahrten der von Hans Ebert komponierten Musik im Ohr, über den Gesamteindruck berichten will, so darf man getrost sagen, daß dieses Hörbild zum Besten gehört, was je auf den deutschen Sendern gelaufen ist. Es handelt sich um die Geschichte einer Artistentruppe, die von einem kleinen Schmierzirkus in Ungarn nach Berlin engagiert wird. In wenigen Stunden zwischen der Vormittagsprobe und der Abendvorstellung wird ein Schicksal entwickelt, wie es beim fahrenden Volk immer wieder sich abspielt. Es ist etwas ganz Alltägliches, daß das kräftige Junge an den Platz des verbrauchten Alten tritt, und es geht dabei ganz un sentimentale zu.

Das haben also Georg und Kober gestaltet. Man hört Zirkusmusik, Manegenläufe springt einen an, die Szenen sind dramatisch und musikalisch eng verzahnt, dicht gefügt und pausenlos in bester Zirkus-(Sarrasani-)Tradition abgerollt. Hörgerecht erwies sich auch die sprunghafte und unmittelbare akustische Ueberschneidung des Szenen, entgegen der Gewohnheit, neue Schauplätze durch ein neues Hörmotiv einzuleiten. Immer wieder berauscht die Musik: sie ist meisterlich aufgebaut und wurde ausgezeichnet gespielt und deshalb sind die kurzen Verze von bestechender Eindringlichkeit.

Das ganze, konzeptionslos neuartig und straff von Joseph Engel geleitet, war ein absoluter Erfolg. Man freut sich, daß die Verfasser gezeigt haben, daß es in unserem Beruf Köpfe gibt. Kollegialen Glückwunsch!

E—s.

„Graf Zeppelins“ große Fahrt in die Arktis

Die immer wieder hinausgeschobene Polar-expedition des Luftschiffes „Graf Zeppelin“ ist nunmehr endgültig festgesetzt. Am 24. Juli wird der große Tag des Startes für den Flug in die Arktis sein. Das Luftschiff wird von Herrn Dr. Hugo Eckener, dem Leiter der Gesamtexpedition, geführt werden. Elf Gelehrte, ein Photograph, ein Journalist und 29 Mann Besatzung werden an diesem Flug teilnehmen. Die Strecke, die man überfliegen will, ist mit 10 000 bis 12 000 Kilometer veranschlagt worden. Sechs Tage lang wird das deutsche Luftschiff zwischen der Start- und Ziellandung in Leningrad im Reiche der Mitternachtssonne nach unentdecktem Land suchen. Die Flugroute der ersten Etappe wird über Deutschland, u. a. über Berlin, führen. Die russischen Teilnehmer der Expedition, Herr Professor Samoilowitsch, der Leiter der arktischen Forschungs-expedition, der Luftschiff-Ingenieur Alsborg, sowie der Junker Krenkel und schließlich der vierte russische Teilnehmer, der Direktor eines aerologischen Observatoriums, Moltchanow, sind bereits in Berlin eingetroffen. Von Berlin aus führt der Flug zunächst weiter nach Leningrad. Hier ist eine Zwischenlandung vorgesehen, doch soll diese programm-mäßig nur wenige Stunden dauern. Der Luftweg, den man von Leningrad aus einschlagen wird, hängt von den meteorologischen Bedingungen ab. Sodann wird das Luftschiff den Weg über Archangelst und Nowaja Semlja nach dem Franz-Joseph-Land einschlagen. Die Hauptaufgabe der Expedition wird darin bestehen, die arktischen Gebiete zwischen Franz-Joseph-Land und den neubibirischen Inseln aufzusuchen. Vom Betriebsstoffvorrat wird es abhängen, ob der Flug noch östlicher ausgedehnt werden kann, denn gerade dort eröffnet sich der interessanteste Teil des Zirkumpolargebietes. Beispielsweise ist die Grenze der Bergletztierung in dieser Gegend noch völlig ungeklärt. Aber nicht nur vom Betriebsstoffvorrat hängt dieser Vorstoß in das noch öst-

lichere Gebiet ab, sondern in der Hauptsache sind es die Hochs und Tiefs in der Arktis, welche eine Erweiterung bzw. Abkürzung des Fahrtprogrammes beeinträchtigen können. Ein wesentlicher Faktor ist die Temperatur. Während über dem Erdboden in den zu durchfliegenden Gebieten um diese Jahreszeit eine Temperatur von plus 3 bis 4 Grad Celsius herrscht, tritt erst in etwa 600 bis 700 Meter Höhe das Quecksilber unter den Nullpunkt. Gerade hier liegt die Vereisungsgefahr am nächsten, besonders wenn das Luftschiff in die Zone unterföhler Wolken gerät. Es ist daher von ganz besonderer Wichtigkeit, daß die gefährlichen Zonen vermieden werden. Vermittels Wetterstationen werden dem Zeppelin ständig Wettermeldungen zugefunkt werden. Schließlich werden noch sogenannte fliegende Meteorographen, eine Erfindung des Prof. Moltchanow, dazu beitragen, die Vereisung des Luftschiffes zu verhüten.

Der Zweck der Polarexpedition des Grafen Zeppelin dient rein wissenschaftlichen Forschungen. Jegliche Reforbucht soll vermieden werden. Geographische und meteorologische Beobachtungen sollen ein wichtiges Glied in der jahrhundertalten Kette der Bemühungen sein, die man bisher in das romantische Gebiet unseres Planeten unternommen hat. Die wissenschaftliche Zusammenfassung der Expedition umfaßt eine ebenso prominente, wie internationale Schar von Gelehrten. Interessant ist es vielleicht zu erwähnen, daß man verspricht will, in der Gegend zwischen Franz-Joseph-Land und dem Nordpol mit dem russischen Eisbrecher „Malgin“, der bereits zu seiner Arktisfahrt unter Leitung des bekannten Forschers Prof. Wiese ausgelaufen ist, Post auszu-tauschen. Die Reise des russischen Eisbrechers ist eine reine Touristenfahrt. Neben anderen Passagieren wird auch Robile an Bord dieses Dampf-schiffes die Fahrt zu den Stätten seiner großen Triumphe und seiner tragischen Niederlage mit-machen. Es ist selbstverständlich, daß man an Bord des „Grafen Zeppelin“ alle nur erdenklichen Vorkehrungen getroffen hat, um jederzeit gegen jegliche Unglücksfälle gewappnet zu sein. Vollständige Polarausrüstung, warme Kleider, Polar-schlitten, Stier sowie Proviant in Gestalt von Konjerven für etwa 3 Monate werden an Bord

genommen. Der Funkverkehr vom Zeppelin aus wird ununterbrochen mit allen nur möglichsten erreichbaren Stationen aufrecht erhalten. Die Sowjet-Regierung hat in dieser Hinsicht ihre eifrigste Unterstützung zugesagt. Sobald es möglich sein wird, wird man auch von Bord des Zeppelins mit dem russischen Eisbrecher Malgin in Funkverkehr treten. Seitens der Zeppelin-Leitung will man während des Fluges über die Arktis verjahren Aussicht zu halten nach Resten verschollener früherer Expeditionen. Es ist hierbei in erster Linie daran gedacht, daß man hofft, die Leichertzeit mit der Luftschiffhülle der „Italia“ abgetriebenen sechs Mann zu finden.

Ernst Louis jr.

Hochschulnachrichten

Von der Universität Breslau. Die Philosophische Fakultät der Universität Breslau hat den Obergeringenieur Walter Bechstein in Berlin zum Dr. h. c. ernannt. Bechstein hat sich vom einfachen Mechaniker durch Selbststudium zu einer besonderen Stellung in der optischen Industrie emporgearbeitet und durch seine Arbeiten die Anwendung zahlreicher neuer optischer Methoden und Apparate ermöglicht und dadurch der physikalischen Forschung unermeßliche Dienste geleistet.

Ludwig von Hofmann tritt in den Ruhestand. Prof. Dr. Ludwig von Hofmann, der am 17. August 1861 in Darmstadt geboren ist, tritt von seiner Professur an der Dresdener Kunstakademie zurück. Der Meister, der seine erste Ausbildung von 1883 ab in Dresden erhielt, zwanzig Jahre später Lehrer an der Kunstschule in Weimar war, wurde 1916 an die Dresdener Akademie berufen, der er schon seit 1915 als Ehrenmitglied angehörte. Er übernahm hier die Nachfolge Brells als Leiter des Maler-fachs, insbesondere für Wandmalerei.

Die Vorbereitung für ein Robert-Roch-Jahr. Anlässlich der fünfzigsten Wiederkehr des Entdeckungstages des Tuberkelbazillus durch den großen Arzt und Forscher Robert Koch am 24. März 1932 werden vom Preussischen Wohlfahrtsministerium Robert-Roch-Feiern veranstaltet werden, über die Vorbereitungen in

In tiefstem Schmerz gebe ich die traurige Nachricht von dem Hinscheiden meiner lieben unvergesslichen Gattin, treuherzigen Mutter, Schwiegermutter und Schwester, Schwägerin und Tante, der

Frau Maria Olga Tomandi geb. Lasetzky

welche am 20. Juli d. Js., wohlverlesen mit den hl. Sterbesakramenten unserer Kirche, nach langer, schwerer, mit Geduld ertragener Krankheit in ihrem 55. Lebensjahre, ergeben in den Willen Gottes, sanft verschieden ist. Von Beileidsbesuchen bitten wir abzusehen.

Für die tieftrauernden Hinterbliebenen
Theodor Tomandi als Gatte
Walter u. Günter als Söhne.

Beuthen OS., den 20. Juli 1931.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, vorm. um 1/2 10 Uhr, vom Trauerhause, Gerichtsstraße 9, statt. Die hl. Seelsorge findet am Freitag, früh 6 Uhr, statt.

Zurückgekehrt

Dr. Heidenreich-Kühn
Frauenärztin
Beuthen OS., Tel. 3207

Städt. Orchester, Beuthen OS.
Musik. Oberleitung Opernkapellmeister Erich Peter
Heute, Mittwoch, den 22. Juli 2 Konzerte
16 Uhr: Waldschloß Dombrowa
20 1/4 Uhr: Konzerthausgarten

Deutscher Abend

Schützenhaussaal Beuthen
Heute, Mittwoch, den 22. Juli er.,
ab nachm. 4.30 Uhr: Das Märchenpiel

Im Zaubereich der Rose
Kinder u. Erwerbbl. 10 Pfg. Eintritt 20 Pfg.
ab 8.30 Uhr „So-Bü-Bau“ ab 8.30 Uhr

Nur bei günstiger Witterung finden beide
Veranstaltungen (Beuth. Sommerbühne)
im Garten statt.

Unterricht

Kyffhäuser-Technikum

Süd Frankenhäuser, Kyffh. Programm anfordern.
Elektrotechnik, Maschinen-, Landmasch., Auto-
u. Flugzeugbau, Flugbetrieb, Stahlbau, Eisen-
wasserbau. Für Kaufleute einsem. techn. Kurse.

Stellen-Angebote

Generalvertreter.

Niederlagen u. tüchtige Verkäufer

für Stadt und Land für unv. patentamtll.
gesch. 50% stromsparende Spiegelampe (m.
Garantie) u. Sparflammen sofort gef.
Ausführliche Angebote unter N. N. 4407
befürwortet Rudolf Koffe, Nürnberg 1.

Suche per sofort intelligenten

Lehrfräulein oder Volontärin,

nicht unter 18 Jahren, aus nur gutem
Haufe. Persönl. Vorstellung erwünscht.
N. Jacobowitz, Zw., Beuthen, Farn. Str. 11.

Für mein Stabeisen-,
Lager-, Baumaterial-,
Geschäfte etc. suche für
1. 8. einen ehrl., fleiß.

Verkäufer(in),

für Fleisch- u. Buch-
geschäft, die auch im
Garten auf bewandert
ist, per 1. Aug. gesucht.
Angebote mit Lichtbild
um N. 227 a. b. S. d. 3.
a. d. S. d. 3. Beuth., Beuthen OS. erbeten.

Sportnachrichten

Lotte Kotulla kann Deutsche Meisterin werden

Den bisher Gemeldeten nach die Beste — Wer hilft die Untkosten tragen?

Schwimmsportgönner an die Front!

Beuthen, 21. Juli.

Die vorläufige Meldebüste für die Deutschen
Meisterschaftskämpfe im Schwimmen in Königs-
berg verzeichnet die besten deutschen Schwimmer
und Schwimmerinnen. Frl. Lotte Kotulla
(Schwimmverein Poseidon Beuthen) wird voraus-
sichtlich auch am Start sein; die Schwimmerin
hat bei den Schleischen Meisterschaften die
beste Freiwasserzeit des Jahres im
Kraulen über 100 Meter erzielt; die Zeit von
1:17,3 Min. ist besser als die von Frl. S. Wid-
endorff (SW. Herlohn), der zweitbesten deut-
schen Kraulschwimmerin. Frl. Widendorff startet
in Königsberg. Die Titelverteidigerin Reni
Erlens-Küppers wird nicht da sein. Die
Schlesische Meisterin Lotte Kotulla wird allge-
mein als Erste im Kraulen über 100 Meter
erwartet, und zwar deshalb, weil man von Frl.
Widendorff lange nichts mehr gehört hat und
weil die zuletzt erzielten Zeiten der weiteren Mit-
bewerberinnen um den Titel (Frl. Ziemann,
München; Frl. W. u. d. Leipzig) einiges unter
der Leistung Frl. Kotullas liegen. Es kommt
nur darauf an, daß Frl. Kotulla noch fleißig
trainiert und am Ende auch hinreicht. Es
wäre schade, wenn der Schwimmverein Poseidon
seine Meisterschwimmerin aus finanziellen Grün-

den nicht nach Königsberg schicken könnte. Also:
Gönner des Schwimmsports vor die Front!
Der Schwimmverein Poseidon wird für jeden
Betrag dankbar sein.

Ameritas Staffel schwimmt 9:21,8

Mit einer großartigen Leistung wartete bei den
amerikanischen Schwimmmeisterschaften in Hono-
lulu im 4mal 200-Yards-Kraulschwimmen die
Mannschaft des Hollywood-Association-Club auf.
Die Strecke, die der in Europa geschwommenen
4mal 200-Meter-Staffel gleich, wurde in 9:21,8
Min. zurückgelegt, d. h. jeder Schwimmer
schwamm 200 Meter in 2:20,5. Bei den Olympi-
schen Spielen in Los Angeles wird man wohl mit
einem neuen Olympischen Rekord in dieser Staffel
rechnen können, den zur Zeit Amerika mit 9:36,2
hält. Der europäische Rekord steht auf 9:30,6 und
wird von Ungarn gehalten.

Barany schwamm 59,2

Bei einer Schwimmveranstaltung im Buda-
pester Kaiserbad stellte Dr. Barany einmal
mehr seine große Form unter Beweis. Er
fiel in einem 100-Meter-Kraulschwim-
men in der großartigen Zeit von 59,2 Sekunden.
Eine andere gute Leistung vollbrachte die Mann-
schaft von U.C. Budapest, die in der 4mal 200-
Meter-Kraulstaffel eine Zeit von 9:50 heraus-
schwamm.

Wohnung

in Ziegenhals schönster Lage, 4 Zimmer,
Küche, Mädchenstube, Bad, Paragheizung,
1. Stock, ca. 130 qm, 95 Mk. montl., per
halb oder 1. 10. 1931 zu vermieten.

Angebote unter N. N. 946 an die Geschäfts-
stelle dieser Zeitung Beuthen OS.

2 1/2- u. 3 1/2-Zimmer- Wohnungen

in der Küper-, Kleinfeld- und Greflich-
straße zu vermieten.

Emil Razel, Beuthen OS., Barbarastr. 11
Bürozeit von 8-12 und 2-6 Uhr.

Elegante 3 1/2-Zimmer-Wohnungen

im Neubau an der Promenade, mit Zentral-
heizung, großem Balkon, mit allem Komfort
für sofort oder später zu vermieten.

Germann Hirt Nachf. GmbH., Beuthen OS.,
Ludendorffstraße 16. — Fernsprecher 2808.

2 Stuben, Küche und Kammer,

2. Ebg., im Zentr. der
Stadt, Friedensmiete
50 Mark, an ruhige
Mieter p. bald zu ver-
mieten. Angeb. unter
N. 3624 an die Geschäfts-
stelle dieser Zeitung Beuthen OS.

Im Neubau Kleinfeld- straße sind 2 preisw.

**2 1/2-Zimmer-
Wohnungen**
für sofort oder später
zu vermieten.
Germann Hirt Nachf.
GmbH., Beuthen OS.,
Ludendorffstraße 16.
Fernsprecher 2808.

5 helle Räume, part.,
z. verschied. Zweck,
eignet, je 1 Raum zu
Büro- und gewerblich.
Zwecken, sofort oder
später zu vermieten.
J. Freund, Beuthen,
Bahnhofstraße 25.

Nacht-Angebote

Für unser bürgerli-
ches Lokal suchen wir
einen jung., tüchtigen

Pächter.

1500 bis 2000 Mark
Kautions erforderlich.
Angebote erbeten unter
N. 3621 an die Geschäfts-
stelle dieser Zeitung Beuthen OS.

Grundstücksverehr

Kleineres Grundstück

(Beuthen OS. od. Um-
gebung) zu kaufen gef.
Nur ausführl. Angeb.
mit Preisang. unt. N.
3619 an d. Geschäfts-
stelle dieser Zeitung Beuthen OS.

Kleine Anzeigen große Erfolge!

Möblierte Zimmer

Möbl. Zimmer,
Bad, in gutem Hause,
Nähe Stadtpart., für
sofort gef. Angeb. unt.
N. 3622 an die Geschäfts-
stelle dieser Zeitung Beuthen OS.

Geldmarkt

Suchen an 1. Stelle auf unsere Dampf-
mühle nebst 36 Morgen Landwirtschaft u.
Wohnung, von Selbstgebern

42 000 RM.

Angebote unter S. t. 945 an die Geschäfts-
stelle dieser Zeitung Beuthen OS.

Per sofort gesucht

**2000 bis
3000 RM.**

nur von Selbstgeber
auf mein Mißgründ-
lich gegen Sicherheits-
hypothek. Angebote u.
N. 3623 an die Geschäfts-
stelle dieser Zeitung Beuthen OS.

Moniereisen

zu kaufen gesucht
4 tons 22 mm ø
29 tons 20 mm ø
13 tons 8 mm ø
Eilangebote an
Herm. Hirt Nachf., Beuthen OS., Ludendorffstr. 16

Berläufe

2 Betten,

Eiche mit Ahorn, und
Natr. zu verk. 8-11.
Beuthen OS.,
Klosterstraße 1, I. Ebg.

Nähmaschine,

verf. 165,- Mk.,
Kingshill, nicht ver-
seufbar, 135,- Mark,
verkauft
Wojciesz, Beuthen OS.,
Krautauer Straße 40.



Rotsiegel

Die sparsame Waschseife!

mit den wertvollen Sammelmarken

Saison Ausverkauf

unseres Strumpf-Lagers

Die Güte, Schönheit und Farben-Aus-
wahl unserer Strümpfe kennen Sie ja,
aber jedes Paar ist jetzt weit
billiger als sonst

- Damen-Strümpfe B-Wolle haltbare Qualität, farbig 78, 58, 68, 95, 33, 38, 38, 95, 35, 48, 50
- Damen-Strümpfe viele Farben 78, 58, 68, 95, 33, 38, 38, 95, 35, 48, 50
- Damen-Strümpfe K.-Waschseide gute Qualität, moderne Farben 125, 33, 38, 95, 35, 48, 50
- Damen-Sport-Strümpfe gute Qualität, halbt. Qual. 58, 38, 95, 35, 48, 50
- Damen-Strümpfe B-Wolle meliert u. Laufm., haltb. Qual. 58, 38, 95, 35, 48, 50
- Damen-Strümpfe B-Wolle schwarz, enorm billig 58, 48, 95, 35, 48, 50
- Herren-Socken moderne Muster gute Qualität 58, 48, 95, 35, 48, 50
- Herren-Sport-Strümpfe meliert oder gemustert, enorm billig 1.45, 35, 48, 50
- Damen-Sport-Söckchen bunt einfarbig und weiß 58, 48, 50
- Kinder-Söckchen mit 58, 48, 50
- Kinder-Knie-Strümpfe mel. u. Laufm. Gr. 4-6 75, Gr. 6-8 75, Gr. 8-10 75, Gr. 10-12 75

Emanuel Foerster

Beuthen OS., Gleiwitzer Str. Nr. 26

Strümpfe / Socken / Kurzwaren

für Wiederverkäufer — Ständig Gelegenheitsposten
Max Pollack & Co., Beuthen OS., Langestr. 34
Engros — Export.

Englische Fußballer in Hindenburg

Am 20. Juli wird eine englische Auswahl-
mannschaft der Arbeiterportler auf der Durch-
reise von einer Olympiareise in Wien nach England
in Hindenburg auf dem Friedrich-Ebert-Platz
gegen eine oberdeutsche Mannschaft spielen. Die
Engländer weiten mit 18 Spielern in Wien. Sie
werden in Hindenburg in stärkster Aufstellung
antreten.

Viktoria Hamburg

die kommende Fußball-Mannschaft?

Wenn nicht alles trügt, wird die Hamburger
Viktoria-Mannschaft in der neuen Spielzeit in
Norddeutschland eine sehr beachtliche Rolle spielen,
denn, wie jetzt bekannt wird, ist nicht nur Har-
der zu Viktoria übergetreten, sondern auch
Kabe und Kolzen haben den HSV. verlassen,
um für Viktoria tätig zu sein. Weiter spricht man
dabei, daß außerdem Schnurstein (HSV.) und
Vietgen (Altona 93) den Weg zu Viktoria gefunden
haben.

Pöttinger ehrenamtlicher Trainer

Der internationale Mittelstürmer vom SC.
Bayern München, Pöttinger, hat das Train-
ning von SC. Teutonia München ehrenamtlich
übernommen. Wenn Pöttinger, der augenblicklich
an einigen Verletzungen laboriert, hergestellt ist,
wird er wieder für Bayern spielen.

Bugatti und Mercedes streiten in Berlin

Mercedes-Benz hat zum kommenden Aus-
Autorenrennen am 2. August nun doch Meldungen
für 4 Wagen abgegeben, also zwei nachgemeldet.
Carracciola, der Sieger der Nürnberg, ist der
größte Favorit des Mercedes-Stalles. Nudolari
hat auf Alfa-Romeo jetzt auch genannt, jedoch ein
weiteres großes Auto den Kampf aufnimmt —
wahrscheinlich nicht ohne Erfolg. Der Vorlauf
des ADAC hat bereits eingezogen, die Karten sind
den Zeiten entsprechend von 1 Mark aufwärts
bis 15 RM. gestaffelt.

Finnen laufen 4 mal 400 in 3:21,7

Einige Wettbewerbe der Finnischen Leicht-
athletik-Meisterschaften wurden am Wochenende
in Lommersfors ausgetragen. Dabei wurden sehr
gute Ergebnisse erzielt. So gewann der Club
Kamraterna Helsingfors die 4mal 400-Meter in
der guten Zeit von 3:21,7. Andere Ergebnisse: 4mal
100-Meter Kivabeit Helsingfors 48; 4mal
800-Meter Kamraterna Helsingfors 8:00,1; 4mal
1500-Meter Kivabeit Helsingfors 16:34,5;
25 Kilometer Kivabeit 1:25:17.

Handball

Polizei I — Nitro 07 19:5

Die Mannschaften trafen sich zum Rückspiel auf
dem Schloßplatz. Das Ergebnis von 9:5 ent-
spricht dem Spielverlauf. Die Polizei war dem
Gegner technisch als auch körperlich eine
Klasse überlegen. Leider wurde das Spiel durch
unfaire Spielweise drei Minuten vor Schluss
durch den Schiedsrichter abgebrochen.

Neue Meldungen zum Grasbahn- Rennen

Wie die Gauleitung des ADAC. Oberschlesien
mitteilt, sind Meldungen weiterer bekannter Fah-
rer im Gleiwitzer Rennbüro des ADAC. für das
am kommenden Sonntag am Flugplatz in Gleiwitz
stattfindende Grasbahnrennen eingegangen. Es
meldeten sich Decker, Nürnberg, und Steg-
mann, Bremen. Decker war Favorit des letz-
ten Grasbahnrennens in Dberniaß am vergange-
nen Sonntag und wird auch in Gleiwitz mit sei-
nen Gegnern von Dberniaß zusammentreffen.

Guth, Breslau, schwer gestürzt

Bei dem zum siebenten Male durchgeführten
Motorradsrennen „Rund um Schott“ gab es
eine Reihe Stürze, die bei dem Breslauer Guth
und dem Fahrer Claes schwer waren. Guth
musste mit erheblichen inneren Verletzungen in
das Krankenhaus gebracht werden, ebenfalls Claes,
der einen schweren Schädelbruch davontrug.
Hans Claes ist noch am Sonntagabend im
Krankenhaus von Schott seinen Verletzungen
erlegen.

Die Reichsmark in Ost-Oberschlesien

Der Markkurs höher als vor der Bankkrise
(Eigener Bericht)

Kattowitz, 21. Juli

Der Bedarf an deutschen Zahlungsmitteln steigt in Ost-Oberschlesien um so mehr an, als die öffentlichen Verkehrsinstitute infolge der unbegreiflichen Verfügung des Verkehrsministeriums in Warschau die normalen Eingänge an Reichsmark nicht erhalten und die in West-Oberschlesien in Arbeit stehenden Industriearbeiter, die ihren Wohnsitz in Ost-Oberschlesien haben, nach der letzten Lohnung ihre Markbeträge ausnahmslos in reichsdeutschen Banken in polnische Zahlungsmittel umgewandelt haben, während sie die Umwechslung sonst gemeinhin bei den Eisenbahnwechselstellen in Ost-Oberschlesien vornehmen. Weil Reichsmark in Ost-Oberschlesien deshalb nur sehr schwer zu erhalten sind, sieht sich ober aus dem geschäftlichen Verkehr regelmäßig Zahlungsverpflichtungen in deutscher Währung ergeben, hat die Mark über den normalen Kurs von 2,11 Zloty bis auf 2,13 Zloty angezogen, was bei großen Beträgen immerhin in die Waagschale fällt. Der „Hoylott“ der deutschen Mark hat sich also manchem polnischen Bürger recht fühlbar bemerkbar gemacht!

In den polnischen Privatbanken arbeiten gegen 100 Millionen RM kurzfristige deutsche Kredite, deren plötzliche Abforderung für Polen eine kaum geringere Bedeutung haben würde als die plötzliche Zurückziehung eines vielfach größeren Betrages aus Deutschland. Hierzu kommt die Investierung von mindestens 330 Millionen Zloty deutschen Kapitals in der polnischen Industrie. Wenn die polnische Presse mit Genugtuung darauf hinweist, daß die letzten Lohnzahlungen in Ost-Oberschlesien „mit Hilfe der polnischen Banken“ glatt durchgeführt werden konnten, so muß dem hinzugefügt werden, daß auch die deutschen D-Banken in Kattowitz und Königshütte an dieser glatten Erledigung maßgeblich beteiligt waren.

Falschmünzer bei der Arbeit

Gleiwitz, 21. Juli

In der Festnahme eines Falschgeldderbreiters — es handelt sich um den Maurer Peter Mrugalla aus Podtraje, Kreis Oppeln — erfahren wir, daß die weiteren Ermittlungen, die sofort in Alt- und Neu-Budowitz und Podtraje, Kreis Oppeln, vorgenommen wurden, zur Beschlagnahme genügenden Beweismaterials geführt haben. Der Haupttäter, der Maurer Josef Wollny aus Neu-Budowitz, konnte in der elterlichen Wohnung in Neu-Budowitz festgenommen werden. Die Vernehmung der beiden Beschuldigten ergab, daß die Brüder Josef und Ludwig Mrugalla als Mittäter in Frage kommen. Ihre Festnahme ist veranlaßt. Nach den bisherigen Feststellungen sind in Oppeln 10, in Kreuzburg 7, in Bentzen 13 und in Gleiwitz 7 falsche Fünfmarkstücke vertrieben worden. Vermutlich sind auch in Breslau Falschstücke zu je 5 Mark verbreitet worden. Meldungen darüber liegen noch nicht vor. Wollny und Mrugalla sind des Münzverbrechens überführt. Mrugalla ist geständig, während Wollny hartnäckig leugnet. Beide wurden dem Amtsgericht vorgeführt.

Kapitän von Schiller an die Technische Nothilfe

Gleiwitz, 21. Juli

Beim Zeppeleinempfang in Gleiwitz hat die Technische Nothilfe ausgezeichnete Arbeit geleistet. In einem an den Leiter der Technischen Nothilfe, Architekt Bollfeldt, gerichteten Brief dankt Kapitän v. Schiller für diese Arbeit mit folgenden Worten:

„Sehr geehrter Herr Bollfeldt!

Wir möchten nicht vergessen, Ihnen für die außerordentlich lebenswürdige Unterstützung, die Sie uns durch die Technische Nothilfe in Gleiwitz zuteil werden lassen, unseren verbindlichsten Dank auszusprechen. In jeder Beziehung klapperte ja Landung, liegen auf dem Plage und Aufstieg des Luftschiffes ausgezeichnet. Wir möchten Sie bitten, den Herren

Hinter den Kulissen einer „Baugenossenschaft“

Die Geschäfte der „Deutschen Rentenheim-Spar- und Baugenossenschaft“ Hindenburg vor dem Richter

(Eigener Bericht)

Hindenburg, 21. Juli

Vor dem Hindenburger Schöffengericht hatte sich am Dienstag der 39-jährige frühere Geschäftsführer der „Deutschen Rentenheim-, Spar- und Baugenossenschaft“, Anton Brasse, wegen Untreue zungunsten zweier Genossenschaftsmitglieder zu verantworten. Diese „Deutsche Rentenheim-, Spar- und Baugenossenschaft“ ist zu Beginn des Frühjahrs 1930 zusammengebrochen. Das vor Jahresfrist beantragte Vergleichsverfahren ist gescheitert, und nun ist im Juni 1931 die Konkursöffnung erfolgt. Die Genossenschaft war gegründet worden, um minderbemittelten Leuten Wohnungen zu bauen und Hypothekengelder zu beschaffen.

Kurze Zeit bevor die Genossenschaft in Schwierigkeiten geriet, waren die Geschädigten Kaluza, Oberglogau, und Kionczyl, Hirawa, als Mitglieder eingetreten, um sich auf ihre neugebauten Häuser Geld zur Baukostenabdeckung besorgen zu lassen. Kaluza benötigte 6000 Mark und Kionczyl 4500 Mark. Vom Angeklagten wurde ihnen erklärt, daß die

Geldbeschaffung möglich ist, wenn Hypothekendarlehen in Höhe des gewünschten Darlehens der Genossenschaft übereignet würden.

Auch machte sich der Angeklagte erboten, vor Beschaffung des eigentlichen Tilgungsdarlehens einen Zwischenkredit zu besorgen, der mit 11 Prozent zu verzinsen war. Wie die Verhandlung ergab, bemühte der Angeklagte diese Hypothekendarlehen zur Befriedigung anderer Darlehensnehmer. Es wurde festgestellt, daß der Angeklagte auf Kundenwechsel von den Geldgebern und Genossenschaftsmitgliedern Mittel anforderte und als Zusat-

sicherheit die Hypothekendarlehen des Kaluza und Kionczyl abtrat, obwohl sie nur teilweise ausbezahlt waren.

So erhielt Kaluza für seinen Hypothekendarlehen im Werte von 6000 Mark nur einen Zwischenkredit von 1000 Mark.

Als die Kundenwechsel nicht eingelöst wurden, hielt sich der Geldgeber der Genossenschaft durch den Hypothekendarlehen des Kaluza schadlos. Unerwartet wurde Kaluza, der immer noch auf die restlichen 5000 Mark wartete, die Hypothek gekündigt. Er sollte 6000 Mark zahlen. Die Zwangsversteigerung des Grundstücks drohte, konnte aber noch rechtzeitig abgemindert werden. Immerhin hatte Kaluza Kosten in Höhe von 1000 Mark zu zahlen. Im Falle Kionczyl wurde festgestellt, daß dieser durch einen Zwischenkredit von 625 Mark und eine Reihe von Wechseln für den übergebenen Hypothekendarlehen buchnäßig entschädigt war.

Kionczyls Haus wurde zwangsversteigert,

da er die seiner Zeit von der Rentenheimgenossenschaft in Zahlung gegebenen Wechsel nicht unterbringen und die gekündigte Hypothek nicht bezahlen konnte.

Der Vertreter der Anklage bezeichnete die Methoden der Genossenschaft als Verrat an kleinen Volk und beantragte gegen den Angeklagten wegen Untreue in einem Fall einen Monat Gefängnis. Das Gericht beurteilte B. an Stelle einer an sich verordneten Gefängnisstrafe von einem Monat zu einer Geldstrafe von 300 Mark. Es wurde auf seine Unbestraftheit und auf seine jetzige Erwerbslosigkeit Rücksicht genommen.

Die Beuthener Schneider leiden unter der Schwarzarbeit

(Eigener Bericht)

Beuthen, 21. Juli

Die Sommerquartalsversammlung veranstaltete die Freie Schneider-Zunft im Waldschloß Dombrowa. Obermeister Glogla begrüßte die zahlreich erschienenen Zunftmitglieder und erstattete einen kurzen Bericht über den Obermeisterstag, der in erster Linie dazu bestimmt war, neue Grundlagen zu schaffen, um dem schwer um seine Existenz kämpfenden Schneiderhandwerk wieder auf die Beine zu helfen. Die Lehrlingsfrage wurde in der Weise geregelt, daß ein zweiter Lehrling erst eingestellt werden darf, wenn der erste das zweite Lehrjahr vollendet hat. Die Schwarzarbeit

im Schneiderhandwerk, über die wieder Klage geführt wurde, war dann Gegenstand einer längeren und lebhaften Aussprache. Eine schwere Konkurrenz erwächst dem Schneiderhandwerk auch durch Ausländer. Ein Antrag, die Polizeibehörde zu ersuchen, diesen Ausländern die Aufenthaltsgenehmigung nicht zu erneuern, fand sympathische Aufnahme. Zunftbeauftragter Krawiech jun. wies den Niedergang des Schneiderhandwerks durch die Angestellten-Statistik der letzten Jahre nach. Es wurde beschlossen, gegen die privaten Zuschneide-Kurie, die nur die Schwarzarbeit fördern, Stellung zu nehmen. Um den Schwarzarbeitern das Handwerk zu legen und die

sonstigen Außenseiter zu den Leistungen der Zunft heranzuziehen, soll einem Antrag des Zunftmitgliedes Krawiech jun. entsprechend, die Umwandlung der Freien Schneider-Zunft Beuthen in eine Zwangs-Zunft als Beratungsgegenstand auf die Tagesordnung der nächsten Quartalsversammlung gesetzt werden.

Der Landes-Zunftverband hat der Zunft zur Prämierung von Beuthen 30 Mark überwiesen. Mit diesem Gelde soll einigen Lehrlingen eine Befähigung der Frankfurter Behwarenfabrik in Reutstadt ermöglicht werden. Der vom Zunftmitgliede Wölzölz gestellte Antrag mit Rücksicht auf den günstigen Stand der Sterbefälle bei eintretenden Sterbefällen bis auf weiteres von der Erhebung einer Umlage Abstand zu nehmen, fand einstimmige Annahme. Großes Befremden erregte es, daß nach einer Mitteilung der Aufsichtsbehörde die Kosten aus Streitigkeiten beim Zunftjahrsgericht nicht den streitenden Parteien, sondern der Zunft zur Last fallen. Schriftführer Polik nahm dann die Erhebung einer Reihe von Subsidaren vor. Für 25-jährige Zugehörigkeit zur Zunft wurden mit Diplomen ausgezeichnet: Obermeister Robert Glogla, stellb. Obermeister Fritz Kede, Heinrich Broll, August Grziwob, Roman Habrys, Anton Murgalla, Andreas Malcherzyl, Simon Polik, Anton Restel und Josef Rothkegel.

Bei den Beuthener Tapezierern

(Eigener Bericht)

Beuthen, 21. Juli

Die Sattler- und Tapezierer-Zwangs-Zunft hielt ihre Quartalsversammlung ab, die von Obermeister Kempa eröffnet wurde. Vor Eintritt in die Tagesordnung beglückwünschte der Obermeister den Kollegen Kroll zu seiner 25-jährigen Zugehörigkeit zur Zunft. Der Gesellenprüfung haben sich Max Wynarek bei Meister Brona, Alois Cipa bei Osman und Sczypont bei Obermeister Kempa unterzogen. Alle haben sie mit dem Prädikat „Gut“ bestanden. Der Obermeister handigte ihnen die Lehrbriefe aus. Der Verbandstag der selbständigen Sattler- und Tapezierermeister Oberschlesiens, der mit dem 75. Stiftungsfest der Sattler-, Tapezierer- und Seiler-Zwangs-Zunft in Gleiwitz zusammengelegt wurde, findet in der Zeit vom 1.-3. August im Saale des Logen-Restaurant, Bahnhofstraße, statt. An dem Obermeisterstag werden von Beuthen teilnehmen: Obermeister Kempa und die Meister Brona, Berger, Mutschol und Kocz. Die Zunft hat beschlossen, dem Subelverein ein Fahnenband zu stiften.

von der Technischen Nothilfe in Gleiwitz unseren verbindlichsten Dank aussprechen zu wollen.

Mit vorzüglicher Hochachtung!

Luftschiffbau Zeppelin GmbH, Verkehrsabteilung, gen. Hans von Schiller.“

Bei dieser Gelegenheit muß hervorgehoben werden, daß die Mannschaften der Technischen Nothilfe die Arbeit völlig unentgeltlich geleistet haben und keinerlei Entschädigung erhielten. Leider ist das nicht sehr schöne Gerücht verbreitet worden, daß die Nothelfer für die Arbeit bei der Landung des Luftschiffes eine Entschädigung erhalten hätten. Dadurch sind Schwierigkeiten beim Arbeitsamt und beim Finanzamt entstanden. Der Beauftragte der Technischen Nothilfe versichert aus diesem Grunde erneut, daß die Nothelfer auf dem Flugfeld ehrenamtlich, ohne irgendwelche Entschädigung, gearbeitet haben. Auch diejenigen Nothelfer, die vor und nach dem Tage der Landung auf dem Flughafen bei dem Auf- und Abbau der Fernsprechanlagen und sonstigen Hilfseinrichtungen arbeiteten, erhielten keinerlei Entschädigung. Selbst die Fahrgelegenheit zum Flugplatz mußte von den Nothelfern aus eigenen Mitteln bestritten werden, soweit nicht von einem Werk oder einer Firma ein Lastkraftwagen kostenlos gestellt wurde.

Gleiwitz

* Beständenes Examen. Der zur Zeit bei der Kriminalpolizei tätige Gerichtsreferendar Kurt Schwarzer hat am 17. Juli an der juristischen Fakultät der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität Breslau die Prüfung zum Doktor juris utriusque bestanden.

* Pontonübungen der Technischen Nothilfe. In den Monaten Juli und August veranstaltet die Technische Nothilfe an jedem Dienstag und Freitag um 19 Uhr am See in Nieborowitzhammer Pontonübungen. Aus diesem Grunde fallen die Übungen an den Sonntag-Vormittagen im Juli und August und die für Mittwoch und Donnerstag festgesetzten Übungen der Spezialabteilungen aus. Am 3. August hält die Ortsgruppe Gleiwitz um 20 Uhr im Nothelferheim eine Versammlung ab. Hier wird ein Vortrag mit Lichtbildern über die Gefahren der Elektrizität gehalten.

* Brandstiftung in Zawaba. In der Nacht zum Montag brannte die Scheune des Landwirts Baron aus Zawaba bis auf die Umfassungsmauern nieder. Verbrannt sind landwirtschaftliche Maschinen und Getreide. Der Sachschaden beträgt etwa 8000 Mark. Personen sind nicht zu Schaden gekommen. Es wird Brandstiftung vermutet. Die Kriminalpolizei nahm die Ermittlungen auf.

* Der Hundesänger geht um. Nachdem über den Stadtkreis Gleiwitz die Hundesperre

verhängt worden ist, hat die Stadt. Polizeiverwaltung die erforderlichen Maßnahmen getroffen. Zum Einfangen der frei umherlaufenden Hunde ist ein Hundesänger eingestellt worden. Die eingefangenen Hunde können in der Zeit von 12 bis 13 Uhr nach Quittungslieferung im Büro der Stadt. Polizeiverwaltung (Stadthaus, Klosterstraße 6), Zimmer Nr. 7, aus dem Zwinger, Neue-Welt-Str. 14a, vom Eigentümer in Empfang genommen werden. Hunde, die nicht innerhalb 24 Stunden abgeholt worden sind, werden dem Tierkühnverein Hindenburg überwiesen. Alle weiteren Auskünfte erteilt die Städtische Polizeiverwaltung Gleiwitz während der Dienststunden.

* Abenteurer mit einem Fahrraddieb. Am Dienstag versuchte ein Unbekannter ein auf dem Fleischmarkt stehendes Fahrrad zu stehlen. Der Diebstahl wurde durch die Polizei verhindert. Auf dem Wege zur Wache verjagte ihm der Dieb einen Stoß gegen die Brust und machte sich frei. Er verschwand in der Richtung nach der Allerheiligen-Kirche und sollte sich nach Zengenauslagen dort im Wägeneruß verbergen halten. Die Durchsuchung verlief jedoch ergebnislos. Die Kriminalpolizei nahm die Ermittlungen auf.

* Motorradunfall. Auf der Strachwitzstraße geriet ein Motorrad ins Schleudern und überschlug sich. Ein entgegenkommender Radfahrer wurde erfasst und zu Boden gerissen. Er fand Aufnahme im Städtischen Krankenhaus. Der Führer des Motorrades flüchte über

Zur Verlegung unserer Filiale in den Eckladen verabreichen wir bis 25. Juli 1931 in unseren Beuthener Filialen

Ring 9/10 Ecke Schießhausstraße und Bahnhofstraße 2

Gratis:

- 1 Riegel Kaiser's Milch-Schokolade bei Einkauf für 1 Mark
- 1 Tafel Kaiser's Milch-Schokolade bei Einkauf für 2 Mark
- 1 Schachtel Kaiser's Superior-Pralinen bei Einkauf für 3 Mark
- 1 Kaffeedose Altsilber-Imitation bei Einkauf für 3 Mark
- 1 Knusperdose Altsilber-Imitation bei Einkauf für 3 Mark (Zucker ausgeschl.)

Unsere Filialen sind die besten Bezugsquellen für

Kaffee, Tee, Kakao, Schokoladen, Pralinen, Bonbons, Keks, Biskuits, Zwieback, Printen, Spekulatius, Kolonialwaren zu zeitgemäßen Preisen.

5%
RABATT
AUF ALLE WAREN
AUSSER ZUCKER



KAISER'S KAFFEE-GESCHÄFT

Inhalt
ÜBER
ROO
FILIALEN

Güterzug fährt in ein Subtrvert

Oppeln, 21. Juli.

Auf der Strecke Oppeln-Karlsmarkt, unmittelbar hinter der Station Roppelau, fuhr ein Güterzug in das mit Ziegeln beladene Fuhrwerk des Landwirts Michael Ryhlink aus Roppelau. Beim Ueberfahren der Gleise konnte das Pferd den Wagen nicht von der Stelle bringen. Der Lokomotivführer, der das Hindernis sah, zog die Bremse an, doch gelang es ihm nicht mehr, den Zug rechtzeitig zum Stehen zu bringen, so daß der hintere Teil des Wagens zertrümmert wurde. Menschen oder Tiere wurden bei dem Zusammenstoß nicht verletzt.

Der letzte Tag des Reichsjugendtreffens des ODA.

Sirchberg, 21. Juli.

Das Reichsjugendtreffen des Gewerkschaftsbundes der Angestellten fand am Montag seinen Abschluß. Nachdem am Vormittag noch verschiedene berufliche Wettkämpfe und eine Messe der Scheinfirmen abgehalten worden war, vereinigte am Nachmittag eine stimmungsvolle Schlußfeier noch einmal die Teilnehmer auf einer Wiese in der Nähe der Stadt. Nach der Verkündung der Sieger in den Wettkämpfen wurde vom Gau Rheinland-Westfalen ein Festspiel aufgeführt. Bilder aus der deutschen Geschichte klangen aus in die Mahnung an das deutsche Volk, einig zu sein. Den Reichswimpel errang der Gau Brandenburg. Nach einem Schlussspruch des Jugendpflegers fand das Reichsjugendtreffen sein Ende.

innere Schmerzen, konnte aber seinen Weg fortsetzen. Das Motorrad wurde beschädigt.

* **Nationalsozialistische Versammlung** angesetzt. Am Montag gegen 21 Uhr wurde im Stadtheil Sosniza eine Versammlung der NSDAP. nach etwa 1/2stündiger Dauer aufgelöst, als der Redner Schifalla trotz Verwarnung die Republik und die Staatsregierung verächtlich machte. Zu Zwischenfällen kam es nicht.

* **Die Filme der halben Woche.** In den U.-R.-Lichtspielen lacht man immer noch herzlich über Felix Bressart und die „Drei Tage Mittelarrrest“, die sich als ausgezeichneten Tonfilm erwiesen haben und lebhaft beachtet werden. Die Schauburg zeigt noch den Film „Das Ekel“ mit Max Udalberg. Auch hier ist die Humorwirkung ganz hervorragend, und ebenso erfreut man sich des ersten Kleinstfilm-Tonfilms der Ufa, den Schaeffers konzeriert und Trude Berliner, Siegfried Arno und Otto Wallburg als Hauptakteure bestreiten. Das Capitol bringt die Tonfilm-Operette „Der Bettelstudent“, die mit ihren melodischen Schlogern, ihrer ausgezeichneten Darstellung und hervorragenden Ausstattung ausgezeichnet unterhält.

Soft

* **Kriegervereinstest.** Der Kriegerverein feierte sein Sommerfest, das gleichzeitig ein Fest des Zusammenschlusses der Landes-Schützenorganisationen an den Kriegerverein war. Einem Ringkonzert folgte ein Festzug am Burghotelgarten hielt Vereinsvorsitzender Hanke eine Begrüßungsansprache. Für 25jährige Mitgliedschaft überreichte er den Vereinskameraden Babus, Kandra und Reichelt das Ehrenzeichen des Preussischen Kriegerverbandes. Dann konzerierte die Kleinbürger Feuerwehrtabelle in dem festlich belebten Garten, in dem auch ein Preischießen und ein Preisfesten stattfanden.

* **Einbrecher am Werke.** In der letzten Nacht wurde in die Amtskassette des Amtsvorstandes des Post-Land eingebrochen. Die Täter schlossen mittels Nachschlüssels zwei Türen auf, durchwühlten alle Schubfächer und entwendeten dann ein Kassenbuch mit Einnahme- und Ausgabebelegen sowie zwei Amtsstempel mit den Aufschriften „Preussischer Amtsvorsteher Post-Land“ und „Preussisches Landesamt Post-Land“. 40 Mark in Briefmarken liegen bei. In der gleichen Nacht wurde auch im Kloster eingebrochen, dort die Schränke durchwühlt, aber nichts gestohlen. Auch im katholischen und evangelischen Pfarramt wurden Einbrüche versucht.

Hindenburg

* **Schulpersonalien.** Infolge Streichung der Etatsposition „Vertretungskosten für erkrankte Lehrende“ durch die Kommunalaufsichtsbehörde sind aus ihren Beschäftigungen am 1. Juli zurückgezogen worden: die Schulamtsbewerber Paul Koch von Schule 1, Hubert Wosniak von Schule 33, Reinhold Steuer von Schule 11, die Schulamtsbewerberin Elisabeth Richter von Schule 15 und die techn. Schulamtsbewerberin Johanna Rowack von Schule 4. Vertretungen müssen künftig durch das Lehrerkollegium erfolgen. Der Schulamtsbewerber August Kurnil, der an der Schule 30/31 bis 30. Juni tätig war, wird vom 1. Juli ab an der Schule 3 in Mikultschütz weiter beschäftigt. Die techn. Schulamtsbewerberin Urula von Streit ist zum 31. Juli von der evang. Schule 17 abberufen worden. An ihre Stelle tritt die techn. Schulamtsbewerberin Dorothea Heling aus Benthen. Abberufen wurde weiter der Schulamtsbewerber Isar Szeppan von der Schule 8 zum 30. Juni. Die weitere Vertretung in der freien Planstelle übernahm der Schulamtsbewerber Karl Kubera. Lehrer Richard Pantke ist vom 1. Juli ab zur weiteren Vertretung in einer freien Planstelle an der Schule 3 überwiegen worden. Am 1. Juli trat der zum Rektor an der Schule 19 ernannte Seminaroberlehrer i. e. R. Wilhelm Albrecht seinen Dienst an. Zum 1. Oktober werden infolge Erreichung der

Steuerfestsetzung in Rosenberg

(Eigener Bericht)

Rosenberg, 21. Juli.

Als wichtigste Punkte der letzten Stadtverordnetenversammlung standen die Festsetzung der Haushaltspläne und der Kommunalsteuern für 1931 auf der Tagesordnung. Außer dem Bürgermeister hatten sich hierzu 14 Stadtverordnete und 3 Magistratsmitglieder eingefunden. Zuerst befaßte sich die Versammlung mit der Bewilligung von Mitteln für die Einstellung einer weiteren Schwester im hiesigen Krankenhaus. Die Erkrankung von 2 Schwestern und erhebliche Arbeitszunahme machen die Einstellung notwendig. Der Antrag wurde dem Magistratsbeschuß entsprechend angenommen und die Kosten in Höhe von 216.— RM. bewilligt.

Nach einem eingehenden Verwaltungsbericht von

Bürgermeister Dr. Bieweger

sprach dieser zum Etat. Besondere Schwierigkeiten haben sich dadurch ergeben, daß die Einnahmen dieses Jahr erheblich niedriger sind als im vorigen Jahre. An Ueberweisungen aus der Reichseinkommen- und Körperschaftsteuer erhält die Stadt 283 Mark weniger als im Vorjahr. Auf der anderen Seite stehen die hohen Aus-

gaben für Wohlfahrtszwecke und für die höhere Knaben- und Mädchenschule. Ohne große Aussprache nahm die Versammlung die Haushaltspläne einstimmig an. Im Anschluß hieran stellte Stadtverordneter Seiffert den Antrag, höheren Orts nochmals vorstellig zu werden, um eine Vereinerung der Aufbauschule mit der höheren Knaben- und Mädchenschule in ein Realgymnasium zu erwirken, um dadurch die hohen Schullasten zu vermindern.

Da nach der Notverordnung die Zuschläge zu den Realsteuern nicht erhöht werden dürfen, wurden dieselben Sätze wie im Vorjahr beschloffen. Eine Erhöhung haben lediglich die Zuschläge für Bürger- und Biersteuer erfahren, die von 100 Prozent auf 150 Prozent festgesetzt wurden. Die Zuschläge zu den Realsteuern betragen:

Grundvermögenssteuer 450 Prozent,
Gewerbesteuer 540 Prozent,
1600 Prozent zur Gewerbekapitalsteuer.

Unter Punkt Mitteilung wurde der Antrag gestellt, eine Polizeiverordnung über Bestrafung von Schwarzarbeit zu erlassen, um die Gewerbetreibenden in ihrem Existenzkampf zu unterstützen. Nach einstündiger Beratung schloß der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher die Versammlung.

Staatsmittel für Meliorationsarbeiten in O.G.

Die Preussische Staatsregierung hat jetzt das vom Landtag verabschiedete Gesetz über die Bereitstellung weiterer Staatsmittel zur Gewährung von Beihilfen und Darlehen für Meliorationen dem Staatsrat zur gutachtlichen Aeußerung vorgelegt. Der Staatsrat wird in den nächsten Tagen den Gesetzentwurf endgültig verabschieden. Insgesamt sieht die Vorlage eine Ermächtigung an den Finanzminister vor, im Wege des Kredites rund 9,9 Millionen RM. zu beschaffen, wovon für 1931 und 1932 zur Gewährung besonderer Beihilfen für Meliorationen rund 7,6 und zur Gewährung von Darlehen für den gleichen Zweck rund 2,3 Millionen RM. verwendet werden können. Für alle Provinzen gemeinsam soll davon ein Teilbetrag von 2,7 Millionen RM. zur Förderung der Landwirtschaft durch Ausführung von Meliorationen, Umlagungen und Wasserleitungen verwendet werden. Im übrigen sind für unsere Provinz aus dem neuen Gesetzentwurf folgende Arbeiten vorgesehen: Für die Fortsetzung des Ausbaues der Hochwasser gefährlichen Gebirgsflüsse in der Provinz Oberschlesien sind für den Ausbau der Hohenloß von Schreibersdorf bis Komornitz und Baumaßnahmen am Kerbener

Hohenloßarm zusammen 250 000 RM. vorgesehen. Ferner wird eine Beihilfe von 25 000 RM. zur Regelung der Wasserhältnisse im Budkower Flößbachtal in den Schalkowitzer Wiesen im Kreis Oppeln gewährt. Die Hochwasser- und Vorfluterhältnisse im Budkower Flößbachtal zwischen Blumenthal und der Grenze gegen den Regierungsbezirk Breslau sind infolge der starken Verwilderung der Hauptvorfluter so ungünstig, daß das ganze etwa 500 Hektar große Biesental unter Verumpfung und Hochwasser leidet. Die Erträge sind sehr gering, in besonders ungünstigen Jahren ist schon die ganze Ernte verloren gegangen. Zur lohnenden Bewirtschaftung dieser Flächen ist ein Ausbau der Hauptvorfluter, verbunden mit einer durchgreifenden Binnenentwässerung, erforderlich. Die ausschließlich auf Flußregulierung entfallenden Kosten betragen 135 000 RM., von denen der Forstfiskus einen Teil aufzubringen hat. In dem auf die bäuerlichen und kleinen Grundbesitzer entfallenden Anteil und Kosten der Flußregulierung (ohne Grundwerb 118 000 RM.) wird eine Beihilfe von 25 000 RM. eingestellt.

Empfindliche Strafen für Grenz-Schmuggler

Reiße, 21. Juli.

Im Kampfe gegen den Grenzschmuggel ist folgende Entscheidung der 2. Strafkammer des Landgerichts von allgemeinem Interesse. Der wohnsitzlose Galizier Theodor Szaryly, zulezt in Leobschütz und jetzt unbekanntem Aufenthalte, hatte am 19. Januar 1931 ohne Paß oder sonstige Papiere bei Groß-Kunzendorf (Kr. Neiße) die tschechische Grenze überschritten und hatte dabei 200 Päckchen Zigarettenpapier und auch mehrere Paß Zigaretten mit herüber gebracht, wobei er von einem deutschen Zollbeamten erwischt wurde. Das Amtsgericht in Ziegenhals verurteilte ihn in der Sitzung vom 24. Januar nur wegen Zolldefraudation zu 3 Mt. Geldstrafe oder hilfsweise einem Tag Haft, welche Strafe als durch die Unterjuchungshaft für verbüßt erachtet wurde. Gegen dieses Urteil hatte das Hauptzollamt Neustadt als Nebenkläger rechtzeitig das Rechtsmittel der Verurteilung eingelegt, und der Vertreter der Nebenklägerin beantragte Auf-

hebung des ersten Urteils und Verurteilung des Angeklagten wegen Zollhinterziehung und weiter Einziehung der beschlagnahmten Sachen. Der Angeklagte, dessen gegenwärtiger Aufenthaltsort dem Gericht unbekannt und der daher öffentlich durch Ausübung an Gerichtsstelle geladen ist, war nicht erschienen und wurde in seiner Abwesenheit verhandelt. Das Verurteilungsgericht hob die Vorentscheidung auf und es erkannte nunmehr mit Rücksicht auf die Gefährdung der deutschen Industrie durch den zunehmenden Grenzschmuggel wegen unbefugten Grenzübertritts zu 20.— RM. oder hilfsweise vier Tagen Gefängnis und wegen Zollhinterziehung zu 200 Mt. Geldstrafe oder 20 Tagen Gefängnis sowie auf Einziehung der beschlagnahmten Sachen. — Auch dieses Urteil muß als allzu milde bezeichnet werden, wenn man bedenkt, wie gefährlich die Schmuggler oft den Beamten werden, die sich täglich den schwersten Gefahren ausgesetzt sehen.

Altersgrenze in den Ruhestand versetzt: Rektor Theofil Grimm von der Schule 33, Konrektor Ernst Schwarzer von der Schule 14 und Lehrer Eduard Saitner von der Schule 27. Der Flüchtlingslehrer Hubert Sekelak aus Landeck erhielt vom Fürsorgeamt für Lehrpersonen die Zuweisung in eine freie Lehrerstelle an der Schule 3.

* **Werbeveranstaltung für Milchverbrauch.** Auf Grund eines Beschlusses des Arbeitsausschusses des Oberschlesischen Provinzialmilchauschusses sind im Magistratsgebäude die namhaftesten Vertreter des örtlichen Milchhandels zur Vorbereitung einer Milch-Werbetagung zusammengekommen. Die Sitzung wurde von dem geschäftsführenden Vorsitzenden der Milchhandelszulassungsstelle, Stadtamtmann Lorek, geleitet. Zu eingehendem Vortrage über den Plan war der Geschäftsführer des Provinzialmilchauschusses, Landesreferent Müller aus Ratibor, erschienen. Es wurde folgendes beschlossen: Entsprechend den Richtlinien des Reichsmilchauschusses, der unmittelbar unter Leitung des Reichsernährungsministers steht, soll weiterhin für den Milchverbrauch intensiver Propaganda gemacht werden. Zu diesem Zweck findet in Hindenburg in der Zeit vom Sonnabend, 22. August, bis Montag, 24. August, eine Milchwerbetagung in Hindenburg statt. Das Programm der Werbung ist vorläufig wie folgt umrissen

worden: Sonnabend, 22. August, öffentliche Butterprüfung unter Hinzuziehung der Behörden, Franzensbünde usw., im Anschluß Sitzung des Provinzialverbandes ober-schlesischer Molkereibesitzer und Milchhändler. Abends Filmvortrag. Sonntag, 23. August, nachmittags Filmvorträge. Montag, 24. August, Filmvorträge für sämtliche Hindenburg Volks-, Mittel- und höheren Schulen mit vorangehenden kurzen Vorträgen. Während der ganzen Tagung findet ein Schaufenster- und Laden-dekorations-Wettbewerb statt. Ferner ist ein Rundfunkvortrag in Aussicht genommen und das Abwerfen von Propagandamaterial durch Flugzeug. Für die weitere Vorbereitung der Tagung ist eine Kommission gewählt worden, bestehend aus den Molkereibesitzern Maschil, Fraskta und Weiß, Milchhändler Alexander Mendel, den Verbrauchervertretern Frau Stadtv. Kaplonel und Frau Rektor Hanke und den Stadtärzten Dr. Randjora und Dr. Michaleczy unter dem Vorsitz von Stadtamtmann Lorek. Als Referent für die Tagung sind bisher gewonnen: Kreisrat Stadtmedizinalrat Dr. Kaiser, Frau Stadtv. Kaplonel, Landesreferent Müller und Stadtamtmann Lorek.

Cosel

* **Schulpersonalien.** Lehrer Lachetta, Witoslawitz, wurde in gleicher Eigenschaft nach Ober-

Beginn des Kinostreits in Ost-Oberschlesien

Rattowitz, 21. Juli.

Heute bleiben alle Kinos in der Wojwodschast Schlesien geschlossen. In mehreren Städten und Gemeinden, die den Wünschen der Kinobesitzer entgegengekommen sind, wird der Betrieb der Kinos morgen wieder aufgenommen. In denjenigen Gemeinden aber, die ein solches Entgegenkommen nicht gezeigt haben, bleiben die Kinos vorerst weiter geschlossen.

Die Wojwodschasts-Steuerverhandlungen in Warschau

Rattowitz, 21. Juli.

Heute findet im Finanzministerium in Warschau eine Konferenz aus dem Sejmarschall Wolny und den Abgeordneten Dr. Glücksman (S.), Chmielewski (Chr. Dem.) und Witczak (Sanacja) bestehenden Abordnung des Schlesiens statt, die sich mit der Frage der Auseinanderrechnung der schlesischen Finanzkassen zutreffenden Steueranteile beschäftigt wird.

glogau versetzt. An seine Stelle tritt Lehrer Kahle von dort.

* **Einführung der Bürgersteuer.** In den Gemeinden Witoslawitz und Gzieszkowitz wurde die Bürgersteuer eingeführt.

Leobschütz

* **Besitzwechsel.** Das im Besitz der Stadt befindliche Haus am Ringe (Stadthaus) ist käuflich von Kürschnermeister Rurschke erworben worden.

* **Bestätigt** wurde die Wahl des Kleinbauern und Maurerpoliers Heinrich Anders, Steubewitz, zum Amtsvorsteher und des Landwirts Wilhelm Krömer, Kösnitz, zu dessen Stellvertreter durch den Oberpräsidenten der Provinz Oberschlesien.

* **Quartalsitzung der Herren- und Damenschneider-Zwangs-Vereinigung.** Eröffnet und geleitet wurde die Sitzung von Obermeister Gasse. Sein besonderer Gruß galt dem Geschäftsführer des Landesverbandes Oberschlesischer Schneider-Zwangsvereine, Hofferer, Leobitz, der über „Das Schneidergewerbe in Staat und Wirtschaft“ berichtete. Obermeister Gasse wird am Verbandstag in Reife am 9. und 10. August teilnehmen. Nach Schluß der Sitzung erfolgte ein gemeinsamer Ausflug in die Oberförsterei.

Ziegenhals.

* **80 Jahre.** Hauptlehrer Josef Korgel, als Pensionär in Ziegenhals wohnhaft, feiert am 22. Juli seinen 80. Geburtstag. Er ist jetzt der einzige Pensionär, der 1871 das Seminar Ober-glogau verlassen hat.

Kreuzburg

* **Neue Amtsvorsteher.** Es sind gewählt, vereidigt und bestätigt worden: der Lehrer Schach aus Brume als Amtsvorsteher für den Amtsbezirk Jafobsdorf, der Domänenpächter Ernst Lipinski aus Baumgarten für den Amtsbezirk Wilmisdorf.

* **Bund Königin Luise.** Die Ortsgruppe hielt ihren Pflichtabend ab. Frau Dr. Peudert gab Auskunft über die Abhaltung eines Sanitätsfurnus. Nach einem Vortrag der ersten Vorsitzenden wurde der Beschluß gefaßt, daß in Zukunft diejenigen Kameradinnen, die dreimal unentschiedigt beim Pflichtabend fehlen, von der Mitgliedsliste gestrichen werden. Den Höhepunkt des Abends bildete der Vortrag der Untergang-leiterin Frau Georgi zum Volkstentseid. Am Sonntag vormittag erfolgte die Besichtigung des Krankenhauses Bethanien unter Führung von Dr. Peudert.

* **Elternabend der DDA.** Die Deutsche Jugendkraft veranstaltete im Pangerthaus einen Elternabend, der recht gut besucht war. Der Präsident des Vereins, Kaplan Erseply, richtete herzliche Begrüßungsworte an die Erziehungenen und ging auch auf Zweck und Ziele der Deutschen Jugendkraft ein. Die Mitglieder Wilczek und Strugalla wurden für zehnjährige Mitgliedschaft durch Ueberreichung von Ehrenurkunden ausgezeichnet.

Oppeln

* **70. Geburtstag.** Am Freitag, dem 24. Juli, kann Brauereidirektor a. D. Karl Richter, Lindenstraße 5 wohnhaft, seinen 70. Geburtstag begehen.

* **Vom Zuge überfahren.** In vergangener Nacht ließ sich der Arbeitslose Rudolf Kunik aus Biesitzmühl zwischen Chronstau und Malapane von dem letzten von Oppeln abgehenden Personenzuge überfahren. R. wurde der Kopf vom Kumpfe getrennt. Aus Briefen, die bei dem Toten vorgefunden wurden, ging hervor, daß er den Tod gesucht hat.

Möller Lektur

Stecher-Weltmeister Erich Möller scheint augenblicklich ganz außer Form zu sein, denn auch bei seinem Sonntagsstart auf der Parrier Buffalo-Bahn versagte er. Im 100-Kilometer-Rennen um den Großen Ausstellungspreis war Grassin der beste Mann. Er ging bald nach dem Start an die Spitze und ließ keinen Gegner zu nahe kommen. Am besten zu ihm hielt sich noch Lacquehan, eine ganz untergeordnete Rolle spielten Möller und Frankreichs Meister Baillard, die das Rennen mit 17 Runden Rückstand beendeten, während der Italiener Manera vorzeitig aufgab.

Durchführungsverordnung zur Kapitalfluchtverordnung

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 21. Juli. Die Reichsregierung hat nunmehr die erste Durchführungsverordnung zur Kapitalfluchtverordnung erlassen. Darin sind zunächst alle Devisen im Betrage von 20 000 Reichsmark und darüber aufgerufen worden. Alle Personen mit Wohnsitz oder ständigem Aufenthalt im Inlande, denen Devisen im Gesamtbetrage von 20 000 Reichsmark und mehr zustehen, haben ihre Devisen (ausländische Zahlungsmittel und Forderungen in ausländischer Währung) nunmehr bis spätestens zum 29. Juli 1931 der Reichsbank oder einem von ihr bestellten Kreditinstitut anzubieten. Die Verpflichtung erstreckt sich auch auf alle nicht physischen Personen (Aktiengesellschaften usw.). Die Reichsbank wird möglichst schnell über die Annahme der Angebote Entscheidungen treffen. Für diejenigen Personen, die nur zur Anzeige verpflichtet sind, weil sie die Devisen nachweislich für wirtschaftlich gerechtfertigte Zwecke bedürfen, werden Formulare für die Anzeige kostenlos bei der Reichsbank und den Kreditinstituten vorrätig gehalten.

Für Personen mit einem Devisenbesitz unter 20 000 Reichsmark ist die Abrufung einem besonderen Aufruf vorbehalten. Diese Personen werden von der Verpflichtung der Kapitalfluchtverordnung frei, wenn sie ihre Devisen, bevor der Aufruf erfolgt, an die Reichsbank veräußern.

Einheitsfront der Nationalen Opposition gestärkt

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 21. Juli. Die Deutschnationale Reichstagsfraktion hielt am Dienstag eine Sitzung ab, in der Dr. Hugenberg über die politische Lage sprach. Nach dem von der Partei ausgegebenen Bericht hat die Fraktion Kenntnis von dem Telegramm genommen, das die „Führer der nationalen Opposition“ an den Reichstanzler nach London geschickt haben. Die gemeinsame Unterschrift der Führer der Oppositionsparteien, der Wehrverbände und des Reichslandbundes sei als Entschlossenheit zu weiterem gemeinsamen Vorgehen anzusehen. Die Fraktion nehme eine Entschließung an, in der es heißt, daß in der gegenwärtigen Lage am meisten die Rat- und Planlosigkeit, mit der die ausbrechende Krise behandelt wurde, erschütternd sei. Es sei alles zu spät. Der ganze Verlauf der Krise sei nur mit marxistischen Einflüssen zu erklären. Der ausländische Kredit sei heute Gift für uns und bringe nach kurzer Aufmunterung umso tieferen Verfall. Nur eine baldige und schnelle Wendung der deutschen Politik in das Fahrwasser der nationalen Opposition könne wirkliche Besserung, insbesondere die Überwindung der Arbeitslosigkeit und der Finanz- und Währungsfrage bringen.

Die Fraktion nahm weiter eine Entschließung zur Presse-Notverordnung an, die darauf hinweist, wie die Presse-Notverordnung gerade in der Zeit des Stahlhelm-Volksentscheides zur Auflösung des Preussischen Landtages wirke. Die Deutschnationale Reichstagsfraktion müsse angesichts dieser Lage von allen Fraktionen des Reichstages, deren Parteien in der Front des Volksentscheides stehen, erwarten, daß sie am 23. Juli für die Einberufung des Reichstages (im Verleihenrat) stimmen, um durch geeignete Maßnahmen dann die behaupteten Schäden beseitigen zu können.

Kontursverfahren gegen Nordmole eröffnet

(Telegraphische Meldung)

Bremen, 21. Juli. Ueber das Vermögen der Norddeutschen Wollkammerei, Bremen, ist heute morgen der Kontursverfahren eröffnet worden. Die vier stellvertretenden Vorstandsmitglieder und Rechtsanwalt Dr. Lijch sind beim Kontursrichter erschienen und haben erklärt, daß die Gesellschaft zahlungsunfähig ist. Zum Kontursverwalter wurde Rechtsanwalt Dr. Heinemann, Bremen, ernannt.

Durchsuchung des Karl-Liebnecht-Hauses

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 21. Juli. Heute nachmittags wurde das Karl-Liebnecht-Haus nach verbotenen Zeitschriften durchsucht. Dabei wurde der Landtagsabgeordnete Gubhle wegen Verhinderung der Durchsuchung festgenommen. Weiter wurde eine Person wegen Photographierung polizeilicher Maßnahmen verhaftet. Sie wurden der Abteilung Ia des Polizeipräsidiums zugeführt. Von den Beamten wurden mehrere hundert verbotene Broschüren und Zeitungen beschlagnahmt. Zwischenfälle irgendwelcher Art haben sich nicht ereignet.

Regierungsrat schwerverletzt aufgefunden

Königsberg (Pr.) Regierungsrat Ceder aus Köln wurde hier in der Cranzer Allee mit schweren Kopfverletzungen beim Unfall aufgefunden und in besorgniserregendem Zustand ins städtische Krankenhaus eingeliefert. Ob Unglücksfall oder Verbrechen vorliegt, ließ sich noch nicht aufklären.

Behaltzahlung am 1. und 10. jedes Monats

Verordnung des Reichspräsidenten über die Auszahlung von Dienstbezügen vom 18. Juli

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 21. Juli. Auf Grund des Artikels 48 Absatz 2 der Reichsverfassung wird verordnet:

§ I.

- 1. Die Reichsregierung ist ermächtigt, Vorschriften zu erlassen über die Zahlungsweise.
2. Die Reichsregierung ist ermächtigt, Vorschriften zum Schutze von Schuldnern gegen die Folgen zu treffen, die sich aus der veränderten Zahlungsweise ergeben.

§ II.

Diese Verordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

Durchführungsverordnung

Auf Grund des § 1 der Verordnung über die Auszahlung von Dienstbezügen wird verordnet:

§ I.

- 1. Die folgenden Bezüge:
a) Die Dienstbezüge der Reichsbeamten und der Soldaten der Wehrmacht einschließlich des Gnabensvierteljahres;
b) die Versorgungsbezüge der Parteigeldempfänger und Ruhegeldempfänger des Reiches einschließlich des Gnabensvierteljahres;
c) die Versorgungsbezüge der Hinterbliebenen von Reichsbeamten und Soldaten der alten und neuen Wehrmacht;
d) die Uebergangsgebühren der Soldaten der Wehrmacht nach §§ 7, 27, 32 und 70 des Wehrmachtsversorgungsgesetzes und die entsprechenden Uebergangsgebühren der Polizeibeamten beim Reichswaffenschuß;
e) die Dienstbezüge der Postagenten der Deutschen Reichspost sowie der Unterhändler und Hilfsstellenverwalter der Reichsabgabenverwaltung;
f) die laufenden Bezüge, die ehemalige Angestellte und Arbeiter im Reichsdienst einschließlich des Dienstes bei der Deutschen Reichspost und ihren Hinterbliebenen mit Rücksicht auf das frühere Dienstverhältnis außerhalb der reichsrechtlichen Sozialversicherung (Kubelohn, laufende Unterstützungen usw.) beziehen, sind vorübergehend in der Weise auszusagen, daß die Hälfte des Monatsbezuges am bisherigen Auszahlungstage, der Rest 10 Tage später ausbezahlt wird.
2. Die Reichstagsbeamten sehen den Reichsbeamten gleich.
3. Zu den Dienstbezügen der Reichsbeamten und der Soldaten der Wehrmacht im Sinne des Absatz 1 a) gehören alle Geldbezüge, die sie mit Rücksicht auf ihre hauptamtliche oder nebenamtliche Dienstleistung erhalten.

§ II.

§ 1 gilt entsprechend für die Amts- und Versorgungsbezüge sowie das Uebergangsgehalt des Reichspräsidenten, des Reichstanzlers und der Reichsminister sowie für die Versorgungsbezüge ihrer Hinterbliebenen.

§ III.

Auf die Zahlungsweise für die Bezüge der Angestellten im Reichsdienst einschließlich des Dienstes bei der Deutschen Reichspost findet § 1 Absatz 1 und 3 entsprechende Anwendung und

§ IV.

- 1. Die Länder, Gemeinden (Gemeindeverbände) und sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechtes sind berechtigt und verpflichtet, den §§ 1 bis 3 entsprechende Regelungen zu treffen.
2. Zu den Körperschaften des öffentlichen Rechtes im Sinne dieser Verordnung gehören auch die Anstalten, Vereine und Stiftungen des öffentlichen Rechtes, die Verbände von Körperschaften des öffentlichen Rechtes, die Unternehmungen, deren Gesellschaftskapital sich mit mehr als der Hälfte im Eigentum von Körperschaften des öffentlichen Rechtes befindet, und die Vereinigungen und Einrichtungen, deren Einkünfte mit mehr als der Hälfte von solchen Unternehmungen oder von Körperschaften des öffentlichen Rechtes herrühren.
3. Die Reichsbank und die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft, die von sich aus eine den §§ 1 und 3 entsprechende Regelung treffen, gelten nicht als Körperschaften des öffentlichen Rechtes im Sinne dieser Verordnung. Den öffentlich-rechtlichen Revisionsgesellschaften bleibt es überlassen, den Vorschriften der §§ 1 und 3 entsprechende Regelungen zu treffen. Die Reichsbank, die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft und die öffentlich-rechtlichen Revisionsgesellschaften sind ermächtigt, dem § 1 Absatz 1) und § 3 entsprechend zu verfahren.

§ V.

- 1. Der Reichsminister der Finanzen wird ermächtigt, die Anteile der Länder an den Ueberweisungsfeuern abweichend von der bisherigen Regelung zu entrichten. § 53 des Finanzausgleichsgesetzes bleibt unberührt.
2. Trägt ein Land einer öffentlich-rechtlichen Revisionsgesellschaft gegenüber den Aufwand für die Bezüge ihrer Beamten, Parteigeldempfänger, Ruhegeldempfänger, Empfänger von Hinterbliebenenbezügen, Angestellten und Arbeiter ganz oder teilweise, so ist die oberste Landesbehörde befugt, entsprechend den für die Revisionsgesellschaften gemäß § 4 Absatz 3 vorgesehenen Regelungen über Teilleistungen des Landes und über die Zahlungsweise hierfür von der bisherigen Regelung abweichende Vorschriften zu erlassen.

§ VI.

Bezüge für Dienstleistungen im Privatdienst, die für einen Zeitraum von mindestens einem Monat gewährt werden, können vorübergehend von den Zahlungspflichtigen an anderen als den bisherigen Auszahlungstagen ausbezahlt werden. Jedoch muß bei Monatsbezügen mindestens die Hälfte des Monatsbezuges am bisherigen Fälligkeitstage, der Rest 10 Tage später ausbezahlt werden; bei Bezügen, die für einen längeren Zeitraum als einem Monat gewährt werden, muß der auf einen Monat entfallende Teilbetrag mindestens je zur Hälfte am 1. und 15. d. Mts. ausbezahlt werden.

§ VII.

Wird ein Schuldner durch die veränderte Zahlungsweise gemäß dieser Verordnung ohne sein Verschulden gehindert, eine völlige Monatszahlung zu leisten, so gelten die Rechtsfolgen, die wegen der Nichtzahlung oder der nicht rechtzeitigen Zahlung nach Gesetz oder Vertrag eintreten, als nicht eingetreten.

Deutschnationale Kritik an der Presse-Notverordnung

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 21. Juli. Im Preussischen Landtag hat die Deutschnationale Fraktion eine große Anfrage eingebracht, in der ausgeführt wird, die Presse-Notverordnung, die nach Mitteilung des Sozialdemokratischen Pressendienstes auf Drängen der Preussischen Staatsregierung erlassen worden sei, schaffe dieser Regierung die Möglichkeit, sie zu einer Wiederholung der Kritik in ihrer Tätigkeit zu benutzen. Sie gebe der Regierung weiter die Möglichkeit, die gesamte Presse zur Verbreitung sozialdemokratischer Propaganda zu zwingen, wenn diese Propaganda in der Form amtlicher Verlautbarungen durch den Preussischen Pressendienst geleitet werde. Es sei die Befürchtung nicht von der Hand zu weisen, daß die Notverordnung zu einem Kampf gegen den Volksentscheid des Stahlhelms ausgenutzt wird. Die Staatsregierung wird gefragt, ob sie bei der Reichsregierung Maßnahmen beantragen will, die eine Ausnützung der Notverordnung zugunsten der Gegner des Stahlhelms verhindern.

Berlin, 21. Juli. Die Reichsarbeitsgemeinschaft der Deutschen Presse, in der die deutschen Redakteure und Verleger vereinigt sind, veröffentlicht eine Erklärung, in der es heißt:

„Die Reichsarbeitsgemeinschaft der Deutschen Presse muß verlangen, daß auch in dieser Notzeit des deutschen Volkes die Pressefreiheit unbedingte Gewähr bleibt. Sie verurteilt zwar aufs Schärfste jeden Mißbrauch der Pressefreiheit, kann aber in der Notverordnung zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 17. Juli 1931 kein geeignetes Mittel zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen der Presse erblicken. Die Notverordnung verstößt gegen die elementarsten Grundlagen des Lebens und der Freiheit der Presse und behindert in ihrer jetzigen Form auch die Mitarbeit und Kritik der verantwortungsbewußten Presse und führt damit schwere Gefahren für die Meinungs- und Urteilsbildung in der Öffentlichkeit herauf.“

Die Hilfsaktion der Deutschen Bank für die Danabank

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 21. Juli. Die Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft teilt mit:

„Die gegenwärtige Lage erscheint uns ungeeignet, um auf die vielerlei Angriffe, die in der Öffentlichkeit im Zusammenhang mit der Zahlungseinstellung der Danabank und Nationalbank gegen uns gerichtet worden sind, einzeln zu erwidern. Wir beschränken uns daher auf die Feststellung, daß wir keinen Schritt unternommen haben, der nicht vorher mit den anderen Berliner Großbanken vereinbart war. Zur Kennzeichnung unserer Einstellung unseres Bestrebens, die Zahlungseinstellung der Danabank zu verhindern, sei die Tatsache angeführt, daß die Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft noch am Sonntag, dem 11. Juli, also an dem der Zahlungseinstellung vorangegangenen Werktag, der Danabank mit 30 Millionen RM. zu Hilfe gekommen ist.“

Breslauer Produktenbörse

Hülfsenfrüchte Tendenz: abwartend

Table with 4 columns: Name, 21.7., 17.7., 21.7., 17.7. Rows include Vikt-Erbs, gelb-Erbs, etc.

Rauhfutter Tendenz: schwächer

Table with 4 columns: Name, 21.7., 17.7., 21.7., 17.7. Rows include Roggen-Weizenstroh drahtgepr., Gerste-Haferstroh drahtgepr., etc.

Kartoffeln Tendenz: bei stärkerem Angebot, ruhig

Table with 4 columns: Name, 21.7., 20.7., 21.7., 20.7. Rows include Speisekartoffeln, gelb, Speisekartoffeln, rot, etc.

je nach Verladestation des Erzeugers (Frol bei Breslau)

Devisenmarkt

Table with 4 columns: Name, Geld, Brief, Geld, Brief. Rows include Buenos Aires 1 P. Pes., Canada 1 Canad. Doll., Japan 1 Yen, etc.

Aus aller Welt

Ein polnischer Soldat erschossen

(Telegraphische Meldung)

Meseritz, 21. Juli. An der deutsch-polnischen Grenze bei Schwenzen im Kreise Bommig wurde ein polnisches Gebiet der polnische Grenzwehrosolbat Nowakowski von dem deutschen Elektrotechniker Melchert aus Wittstock an der Dofse erschossen. Der 23jährige Melchert hatte vor 14 Tagen zusammen mit drei jungen Burischen eine Wasserfahrt nach dem Osten angetreten. Seit einigen Tagen zogen sie längs der Grenze im Kreise Bommig umher und ernährten sich, da ihnen die Vorräte ausgegangen waren, von Äpfeln. Nachts schliefen sie in Feldschuppen und Gartenhäusern. Auf der Suche nach einer neuen Schlafstelle kamen sie gestern über die Grenze. Sie hatten in unmittelbarer Nähe der Grenze, eine Holzbarade gesehen, in der sie nächtigen wollten. In der Barade wurden sie von dem die Grenze abgehenden polnischen Grenzwehrosolbat Nowakowski angetroffen. Der Beamte forderte sie auf, mit zum Zollhaus zu kommen. In diesem Augenblick zog Melchert einen Revolver und streckte den polnischen Beamten durch vier Schüsse nieder. Nachdem die vier Burischen dann noch dem Toten den Karabiner und die Patronen abgenommen hatten, zogen sie sich auf deutsches Gebiet zurück. Die deutsche Landjäger konnte sie im Laufe der Nacht in Lupitz festnehmen.

Flugzeuge verfolgen eine Brieftaube

Offen. Im Auftrag der Staatsanwaltschaft Bochum verfolgten am Sonntag gegen 11 Uhr zwei Sportflugzeuge eine Brieftaube, die zu erpresserischen Zwecken einem Bochumer Bürger zugehört worden war. Das Unternehmen gelang glänzend. Von beiden Flugzeugen aus konnte der Schlag festgestellt und photographiert werden, in den die Taube eintraf. Der im Kraftwagen folgenden Polizei gelang es dann, an Hand einer abgeworfenen Karte die sportliche Verhaftung des mutmaßlichen Täters vorzunehmen, der

won einem Bochumer Bürger 200 Mark erpreisen oder andernfalls seinen Bauernhof in Brand stecken wollte.

Politische Prügelei in Reichsbanner-Versammlung

Bad Odessee, 21. Juli. Im Laufe einer Versammlung der Radikal-Demokratischen Partei kam es zwischen 60 Reichsbannerleuten, die den Saallich verlassen, und einer 100 Mann starken Abteilung Nationalsozialisten, die keinen Einlass mehr fanden, zu einer Schlägerei, bei der 6 Reichsbannerleute schwer verwundet wurden. Die Polizei nahm 4 Nationalsozialisten fest.

Am Autolenkrad eingeschlafen

Dreisburg (Ostpr.). Der Händler Brozio aus Gr.-Schiemann war mit seinem Lieferwagen nach Königsberg gefahren, um Karbonen und Pflanz auf den Markt zu bringen. Infolge Uebermüdung schlief er am Lenkrad ein. Der Wagen streifte zunächst zwei Obstbäume, um dann mit voller Wucht gegen einen dritten zu fahren. Das Auto ging total in Trümmer, und Brozio, der am Steuer saß, wurde auf der Stelle getötet.

Gattenmord

Königsberg. Eine grauenhafte Familientragödie hat zum Tode des 33jährigen Reichsbahnassistenten Erich Baldsuhn geführt. Während er schlief, übergriff seine Ehefrau das Bett mit Brennspritus und setzte es in Flammen. Sterbend hat man ihn ins städtische Krankenhaus gebracht. Die Mörderin wurde verhaftet.

Beim Gewitter vier Tote

Lublin. Ein Gewitter von ungeheurer Stärke ging gestern über der Stadt nieder; 1000 Häuser wurden eingerissen. Acht Waggons, die im Bahnhof von Lublin standen, wurden umgerissen, unter ihnen zwei Waggons, in denen sich einige Rennpferde befanden. Ganze Dächer, Scheunenwände, Telegraphenstangen wirbelten durch die Luft. Vier Personen sind getötet worden, unter ihnen ein Kutscher, den der Sturmwind mit ganzem Wagen und den Insassen hochriß und auf die Erde zurückschleuderte. Die Insassen des Wagens wurden schwer verletzt.



Das Kapitalfluchtgesetz

Das Kapitalfluchtgesetz legt demjenigen, der sich mit seinem Vermögen ins Ausland geflüchtet hat, zweierlei Pflichten auf: 1. Seinen Besitzstand an ausländischen Zahlungsmitteln und Forderungen der Reichsbank anzugeben und 2. sich den Steuerbehörden zu stellen. Die neue Verordnung enthält keinen direkten Ablieferungszwang, sondern ermächtigt nur die Reichsbank, den Verkauf der ausländischen Zahlungsmittel zu verlangen...

Das Gesetz gegen die Kapital- und Steuerflucht enthält auch eine Amnestie. Von der Nachzahlung der Steuer für das verheiratete Vermögen oder Einkommen und von der Strafe bleibt befreit, wer bis zum 31. Juli d. J. den Finanzämtern eine entsprechende Mitteilung macht.

Oder-Wasserstand stetig

Der Wasserstand der Oder ist ziemlich stetig geblieben; jedenfalls haben die vereinzelten Gewitterregen ein weiteres Absinken verhindert. Der Betrieb ist im Gange, verschlingt jedoch bei einer Tauchtiefe von nur 80 cm für die Ableichterungen enorme Summen. Versommt liegen im Breslauer Hafengebiet und oberhalb fast 250 Kähne. Der Umschlag von Brennstoffen ist etwas zurückgegangen...

Stillstand am Holzmarkt

Die in den letzten Monaten beobachtete leichte Beschäftigungsbesserung im Holzgewerbe hat neuerdings wieder einer Stagnation Platz gemacht. Noch immer ist die Hälfte der Holzarbeiter aus dem Arbeitsprozeß ausgeschaltet (230.000 Personen). Der Baumarkt verspricht für den weiteren Verlauf der Saison keine erhöhte Nachfrage mehr, so daß für den Holzmarkt auch in den kommenden Monaten ein wesentliches Antriebsmoment fehlt...

Berliner Produktenmarkt

Unter erschwerten Zahlungsbedingungen reges Geschäft

Berlin, 21. Juli. An der Produktenbörse hat sich die stetigere Grundstimmung auch heute erhalten können. Für Weizen alter Ernte zeigt sich etwas Nachfrage, alter Roggen ist reger begehrt, und auch für Neu-Roggen zu kurzfristiger Lieferung besteht Deckungsnachfrage. Die Preise waren im allgemeinen gut behauptet. Für Neu-Weizen zeigt sich etwas mehr Verkaufslust, jedoch bleiben die Käufer noch zurückhaltend. Der Mehlsatz ist bei unveränderten Preisen regulär, die Abrufe aus Außenschlüssen bleiben befriedigend...

Breslauer Produktenmarkt

Roggen und Weizen zu höheren Preisen gefragt
Breslau, 21. Juli. Infolge des ungünstigen Wetters ist das Angebot in Neu-Roggen kleiner geworden, die Nachfrage dagegen hält weiter an, so daß man für kurzfristige Ware zu bis 3 Mk. mehr erzielen kann. Auch Weizen alter sowie...

Der deutsche Bergbau im Juni 1931

I. Steinkohlenbergbau

Ruhrbezirk: Im Monat Juni 1931 wurden insgesamt in 24,79 Arbeitstagen, 6.939.948 t Kohle gefördert gegen 6.862.243 t in 24 Arbeitstagen im Mai 1931 und 8.178.334 t in 23,50 Arbeitstagen im Juni 1930. Arbeitstäglich betrug die Kohlenförderung im Juni 1931 279.949 t gegen 285.927 t im Mai 1931 und 346.540 t im Juni 1930. Die Kokserzeugung des Ruhrgebietes stellte sich im Juni 1931 auf 1.573.106 t (täglich 52.437 t), im Mai 1931 auf 1.548.702 t (49.958 t) und 2.236.893 t (74.563 t) im Juni 1930. Kokereien sind auch Sonntags in Betrieb. Die Brikettherstellung hat im Juni 1931 insgesamt 240.218 t betragen (arbeitstäglich 9.690 t) gegen 244.954 t (10.206 t) im Mai 1931 und 232.123 t (9.836 t) im Juni 1930.

Die Gesamtzahl der angelegten Arbeiter stellte sich Ende Juni 1931 auf 251.792 gegen 257.111 Ende Mai 1931 und 335.630 Ende Juni 1930. Die Zahl der Feierschichten wegen Absatzmangels belief sich im Juni 1931 nach vorläufiger Ermittlung auf rund 761.000. Das entspricht etwa 3,02 Feierschichten auf 1 Mann der Gesamtbelegschaft.

Aachen: Beim Aachener Steinkohlenbergbau betrug die Förderung im Monat Juni 568.777 t, arbeitstäglich 22.751 t, im Vormonat 552.619 t, arbeitstäglich 23.026 t, im Juni 1930 508.193 t, arbeitstäglich 22.541 t, die Kokserzeugung im Juni 1931 99.064 t, täglich 3302 t, im Vormonat 102.595 t, täglich 3310 t, im Juni 1930 106.142 t, täglich 3333 t, die Brikettherstellung im Juni 1931 30.836 t, arbeitstäglich 1216 t, im Vormonat 23.492 t, arbeitstäglich 779 t, im Juni 1930 19.755 t, arbeitstäglich 659 t, die Zahl der Arbeiter im Juni 1931 26.613 Mann, im Vormonat 26.669 Mann, im Juni 1930 26.980 Mann.

Westoberschlesien: Die Steinkohlenförderung Westoberschlesiens betrug im Juni 1931 bei 24,5 Arbeitstagen 1.257.905 t oder arbeitstäglich 51.343 t gegenüber 1.243.625 oder 51.818 t im Mai bei 24 Arbeitstagen. Die Kokserzeugung stellte sich im Berichtsmontat auf 77.057 t oder kalendertäglich auf 2569 t gegenüber 80.258 t oder 2589 t im Vormonat. An Briketts wurden im Juni 1931 396 t oder arbeitstäglich 792 t hergestellt gegenüber 17.253 t oder 719 t im Mai. Die Lage am oberschlesischen Kohlenmarkt ist unverändert ungünstig geblieben. Lediglich in Hausbrandsorten hat sich in letzter Zeit der Auftragsgang, der Jahreszeit entsprechend, etwas gebessert. Insgesamt wurden abgesetzt an Steinkohlen 1.163.440 t (im Vormonat 1.149.159 t), an Koks 73.832 t (71.828 t) und an Briketts 19.691 t (16.731 t). Auf Halde lagen am Monatsende 722.094 t Steinkohle, 533.727 t Koks und 1414 t Briketts. Die Belegschaft der Steinkohlengruben, Koksanstalten und Brikettfabriken ging im Juni weiter um 375 Mann zurück. Am Monatsende waren nur noch 43.982 Arbeiter angelegt. Wegen Absatzmangels sind im Juni rund 161.000 Feierschichten (im Vormonat 151.299) eingelegt worden, so daß also je Arbeiter 3,76 (3,46) Schichten ausgefallen sind.

Durchschnitt der Londoner Notierungen:

Table with columns: 1913, 1929, Mai 1931, Juni 1931 for Zink, Blei, Kupfer, Silber. Includes values in £ je long ton and in d je Unze.

Die Tabelle zeigt, daß die Preise für Zink und Blei im Berichtsmontat etwas angezogen haben, während die Kupfer- und Silberpreise ihre Abwärtsbewegung fortgesetzt haben. Ein Vergleich der Durchschnittspreise der letzten Monate mit den Vorkriegspreisen ergibt schon auf Grund der absoluten Zahlen ein erschreckendes Bild, das noch ungünstiger wird, wenn man das gegenwärtige allgemeine Preisniveau berücksichtigt. Die Lage des deutschen Metallergbergbaus ist katastrophal. Verschiedene Bergbaubetriebe mußten stillgelegt werden. Die noch unter den ungünstigen Be-

Warschauer Produktenbörse

Posen, 21. Juli. Neuer Roggen 22,50-23,50, Roggenmehl 44-45, Weizenmehl 0000 50-55, Weizenmehl luxus 55-65, Roggenkleie 14,50-15,50, Weizenkleie mittel 15-16, Weizenkleie grob 16,50-17,50, Umsätze klein, Stimmung ruhig.

Magdeburger Zuckernotierungen

Magdeburg, 21. Juli. Juli 7,10 B., 7,00 G., August 7,10 B., 7,05 G., Sept. 7,25 B., 7,20 G., Okt. 7,40 B., 7,35 G., Nov. 7,60 B., 7,55 G., Dez. 7,90 B., 7,80 G., März 1932: 8,20 B., 8,10 G., Mai 8,40 B., 8,30 G.

Metalle

London, 21. Juli. Kupfer (£ per Tonne), Tendenz ruhig, Standard per Kasse 34% - 34 1/2%, per drei Monate 35% - 35 1/2%, Settl. Preis 34%, Elektrolyt 37 - 38, best selected 35 1/2 - 37, Elektrowirebars 38, Zinn (£ per Tonne), Tendenz...

Niederschlesien: Im niederschlesischen Steinkohlenrevier betrug die Zahl der Arbeitstage im Juni 1931 26, im Mai 1931 24, im Juni 1930 24, die Kohlenförderung im Juni 1931 insgesamt 359.648 t, arbeitstäglich 13.833 t, im Mai 1931 340.260 t, arbeitstäglich 178 t, im Juni 1930 424.424 t, arbeitstäglich 17.684 t, die Kokserzeugung im Juni 1931 insgesamt 62.763 t, kalendertäglich 2092 t, im Mai 1931 63.078 t, kalendertäglich 2035 t, im Juni 87.855 t, kalendertäglich 2929 t, die Brikettherstellung im Juni 1931 insgesamt 44.75 t, arbeitstäglich 172 t, im Mai 1931 45.18 t, arbeitstäglich 188 t, im Juni 1930 7904 t, arbeitstäglich 329 t, die Zahl der beschäftigten Arbeiter im Juni 1931 20.189 Mann, im Mai 1931 20.857 Mann, im Juni 1930 25.630 Mann.

Sachsen: Im sächsischen Steinkohlenbergbau betrug die Förderung im Juni 1931 252.966 t, arbeitstäglich 9729 t, im Vormonat 236.168 t, arbeitstäglich 9840 t, im Juni 1930 253.663 t, arbeitstäglich 10.569 t, die Koksgewinnung im Juni 1931 18.708 t, kalendertäglich 624 t, im Vormonat 18.864 t, kalendertäglich 609 t, im Juni 1930 16.335 t, kalendertäglich 545 t, die Brikettherstellung im Juni 1931 9327 t, arbeitstäglich 359 t, im Vormonat 8897 t, arbeitstäglich 371 t, im Juni 1930 7504 t, arbeitstäglich 313 t, die Belegschaft im Juni 1931 17.250 Mann, im Vormonat 17.473 Mann, im Juni 1930 20.132 Mann.

II. Braunkohlenbergbau

Mittelddeutschland: Im mittelddeutschen Braunkohlenbergbau betrug die Zahl der Arbeitstage im Juni 1931 26, im Mai 1931 24, im Juni 1930 24, die Rohkohlenförderung im Juni 1931 insgesamt 7.750.633 t, arbeitstäglich 298.101 t, im Mai 1931 6.717.593 t, arbeitstäglich 279.900 t, im Juni 1930 7.820.365 t, arbeitstäglich 325.849 t, die Brikettherstellung im Juni 1931 insgesamt 2.225.169 t, arbeitstäglich 85.583 t, im Mai 1931 1.808.267 t, arbeitstäglich 75.344 t, im Juni 1930 2.126.291 t, arbeitstäglich 88.595 t, die Kokserzeugung insgesamt 48.003 t, kalendertäglich 1600 t, im Mai 1931 49.039 t, kalendertäglich 1582 t, im Juni 1930 50.052 t, kalendertäglich 1668 t.

Rheinland: Im rheinischen Braunkohlenrevier betrug die Kohlenförderung im Juni 1931 insgesamt 3.677.969 t, arbeitstäglich 147.119 t, im Mai 1931 3.490.162 t, arbeitstäglich 145.423 t, im Juni 1930 3.709.951 t, arbeitstäglich 161.302 t, die Brikettherstellung im Juni 1931 insgesamt 933.131 t, arbeitstäglich 37.325 t, im Mai 1931: 858.964 t, arbeitstäglich 35.765 t, im Juni 1930 900.068 t, arbeitstäglich 39.133 t.

Bayern: Im bayerischen Kohlenbergbau wurden gefördert im Juni 1931 an Pechkohle 94.072 t (Vormonat 92.590 t), an Braunkohle 24.971 t (Vormonat 29.571 t).

III. Metallergbergbau

Die für die Erträge des Metallergbergbaues maßgebenden Metallpreise sind nachstehend für Mai und Juni 1931 im Vergleich zum Jahresdurchschnitt 1913 und 1929 angegeben:

In Westoberschlesien war der Stand der Belegschaft Ende Juni 1931 männliche Arbeiter (Vormonat 1632), 411 weibliche Arbeiter (Vormonat 410). Die Erzeugung an aufbereiteten (hüttenfertigen) Erzen betrug Galmei 678 t (Vormonat 577 t), Zinkblende 16.521 t (Vormonat 14.772 t), Bleierze 2074 t (Vormonat 1848 t), Schwefelkies 491 t (Vormonat 345 t).

kaum stetig, Standard per Kasse 111 1/2 - 111%, per drei Monate 113% - 113%, Settl. Preis 111 1/2%, Banka 116%, Straits 113%, Blei (£ per Tonne), Tendenz stetig, ausländ. prompt 12%, entf. Sichten 13, Settl. Preis 12%, Zink (£ per Tonne), Tendenz ruhig, gewöhnl. prompt 12 1/2%, entf. Sichten 12 1/2%, Settl. Preis 12%, Antimon regulus (£ per Tonne), chines. per 2 1/2, Silber (Pence per Ounce 13, Lieferung (Pence per Ounce) 12 1/2.

Bremer Baumwollkurse. Nordamerikanische Baumwolle, loko 10,96.

Warschauer Börse

vom 21. Juli 1931 (in Zloty):

Table with columns: Bank Polski, Czesztocie, Lilpop, and values.

Devisen

Dollar 9,06, Dollar privat 9,075, New York 8,925, New York Kabel 8,929, London 43,30, Paris 35,055, Wien 125,48, Prag 26,45, Italien 46,70, Belgien 124,50, Schweiz 173,70, Pos. Investitionsanleihe 4% 84, Pos. Konversionsanleihe 5% 45, Bodenkredite 4 1/2% 50, Tendenz in Aktien erhaltend, in Devisen uneinheitlich.

Berliner Produktenbörse

Berlin, 21. Juli 1931

Table with columns for Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Mais, Weizenmehl, Roggenmehl, Leinsaat, Viktoriaerbsen, Futtererbsen, Weizen, Ackerbohnen, Wicken, Blaue Lupinen, Gelbe Lupinen, Serradelle alte, Rapskuchen, Leinkuchen, Trockenschneitzel, Sojaschrot, Kartoffelflocken, Berlin Großhandelspreise.

Breslauer Produktenbörse

Getreide Tendenz: abwartend

Table with columns for Weizen (schlesischer), Sommerweizen, Roggen (schlesischer), Hafer, Braugerste, Sommergerste, Wintergerste and prices for 21.7. and 20.7.

Mehl Tendenz: abwartend

Table with columns for Weizenmehl (Type 70%), Roggenmehl (Type 70%), Auszugsmehl and prices for 21.7. and 20.7.

Berliner Viehmarkt

Berlin, den 21. Juli 1931

Table with columns for Ochs, Bullen, Kühe, Färsen, Kalber, Schafe, Schweine and prices.

Auftrieb: Rinder 1253, darunter: Ochs 233, Bullen 418, Kühe und Färsen 602, Kalber 2300, Schafe 5692, Ziegen - Schweine 9768. Zum Schlachthof direkt seit letztem Viehmarkt 2981. Auslandschweine - Marktverlauf: Rinder, Kalber ziemlich glatt, Schafe glatt, Schweine glatt.

Die Preise sind Marktpreise für nüchternen gewogene Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab. Stall für Fracht, Markt- und Verkaufskosten, Umsatzsteuer sowie den natürlichen Gewichtverlust ein, müssen sich also wesentlich über die Stallpreise erheben.

Die deutsche Steinkohlen-Produktion ist im ersten Halbjahr 1931 (in Mill. t) auf 59,5 (72,6) und die Braunkohlen-Förderung auf 60,5 (70,2) zurückgegangen.

Die Bank von England hat in der letzten Woche für 8,1 Mill. Pfd. Goldbarren verkauft.

Posener Produktenbörse
Posen, 21. Juli. Roggen 23,75-23,25, Weizen 24-24,50, Roggenmehl 39-40, Weizenmehl 39-42, Roggenkleie 14-15, Weizenkleie 13,50-14,50, grobe Weizenkleie 15-16, Rest der Notierungen unverändert. Stimmung ruhig.